



FRAGEN DER FREIHEIT

EINE SCHRIFTENREIHE

„Alles darf dem Besten des Staates zum Opfer gebracht werden, nur dasjenige nicht, dem der Staat selbst nur als ein Mittel dient. Der Staat selbst ist niemals Zweck, er ist nur wichtig als eine Bedingung, unter welcher der Zweck der Menschheit erfüllt werden kann, und dieser Zweck der Menschheit ist kein anderer, als Ausbildung aller Kräfte des Menschen, Fortschreitung. Hindert eine Staatsverfassung, daß alle Kräfte, die im Menschen liegen, sich entwickeln, hindert sie die Fortschreitung des Geistes, so ist sie verwerflich und schädlich, sie mag übrigens noch so durchdacht und in ihrer Art noch so vollkommen sein. Ihre Dauerhaftigkeit selbst gereicht ihr alsdann viel mehr zum Vorwurf, als zum Ruhme — sie ist dann nur ein verlängertes Übel: je länger sie Bestand hat, um so schädlicher ist sie.

Überhaupt können wir bei Beurteilung politischer Anstalten als eine Regel festsetzen, daß sie nur gut und lobenswert sind, insofern sie alle Kräfte, die im Menschen liegen, zur Ausbildung bringen, insofern sie Fortschreitung der Kultur befördern, oder wenigstens nicht hemmen. Dieses gilt von Religions- wie von politischen Gesetzen; beide sind verwerflich, wenn sie eine Kraft des menschlichen Geistes fesseln ...“

Aus: Schiller „Die Gesetzgebung
des Lykurgus und Solon.“

FRAGEN DER FREIHEIT

Schriftenreihe für Ordnungsfragen der Wirtschaft,
des Staates und des kulturellen Lebens

FOLGE 15

Mai 1960

Die Freiheit im Staate

Die Freiheit der Wirtschaft

Die Freiheit der Erziehung

Herausgegeben vom Seminar für freiheitliche Ordnung durch
Lothar Vogel

Inhaltsübersicht

<i>Werner Schmid:</i>	Seite
Staat – Wirtschaft – Erziehung	
Das Wesen des Staates	3
Die Urformen der Wirtschaft	18
Das Ziel der Erziehung	32
Übersicht über die in „Fragen der Freiheit“ bis jetzt behandelten Themen	41
Hinweise und Mitteilungen	42

Staat, Wirtschaft, Erziehung *)

Das Wesen des Staates

Das Wesen des heutigen Staates liegt begründet in seiner Macht. Um welche Staatsform es sich auch handeln mag, er bleibt bestehen, indes das Leben seiner Bürger kommt und vergeht. Schon diese Tatsache sichert dem Staat etwas von seiner heutigen Überlegenheit und Unnahbarkeit; in ihr liegt das Geheimnis seiner Macht begründet.

Da aber dieser Staat nicht ein Gebilde ist, das uns eine höhere Macht aufzwang, sondern eine Organisation, die der Mensch gestaltete, ist die Tatsache nicht wegzuleugnen, daß der Mensch eine Organisation schuf, die heute hinwiederum auf ihn seine Macht ausübt. Es ist ja klar, daß große Gruppen von Menschen, die in gleichen wirtschaftlichen und politischen Verhältnissen leben, sich zusammenschließen zu gemeinsamen Organisationen. Sobald in der menschlichen Wirtschaft die Arbeitsteilung durchgeführt wurde, sobald nicht mehr jede Familie ihr eigener Produzent und Konsument war, sobald also die einzelnen Familien aufeinander angewiesen waren, entstand auch das Bedürfnis nach einer überfamiliären Organisation, nach gemeinsamen Richtlinien des Handelns. Denn mit der vollzogenen Arbeitsteilung steigerten sich auch die Bedürfnisse der Menschen und machten den Verkehr mit andern Menschengruppen nötig.

*) Wir haben die Freude, den Lesern von „Fragen der Freiheit“ in dieser Folge einen Beitrag des bekannten Schweizer Journalisten („Die Tat“, Zürich) und Politikers Alt-Nationalrat Werner Schmid darbieten zu können. Dieser Autor ist unseren Freunden kein ganz unbekannter mehr. Zu der Folge 2 unserer Schriftenreihe hat er den Aufsatz: „Die Schule als Politikum“ beigesteuert. Außerdem gehört Werner Schmid dem Freundeskreis an, dessen Initiative die „Fragen der Freiheit“ zu verdanken sind. —

Der diesesmal abgedruckte Aufsatz des Verfassers ist bereits 1932 verfaßt und veröffentlicht worden, er ist aber heute noch so aktuell, als wäre er im Hinblick auf gegenwärtige Probleme geschrieben. Im Vorwort hieß es damals: „Schmids Schrift ist ein leidenschaftlicher, gelungener Versuch, den Menschen im Mittelpunkt von Staat, Wirtschaft und Erziehung zu sehen und alle drei Faktoren in den Dienst des Menschen zu stellen: Staat, Wirtschaft, Erziehung sind miteinander unlösbar verknüpft. Alle drei Organismen stehen zueinander in engster Wechselbeziehung. Keiner bleibt unbeeinflußt vom andern. Alle drei sind sie darum auch der Erstarrung anheimgefallen. Alle drei verletzen sie heute das Höchste: das Recht des Menschen auf freie, seiner Natur und seinem Wesen entsprechende Entwicklung. Denn alle drei sind abgerrt vom wahren Weg der Freiheit. Diesen Weg wieder zu betreten, muß das Ziel all unserer Arbeit sein. Wir werden ihn erst finden, wenn wir uns bemühen, über die heutigen Zustände uns volle Klarheit zu verschaffen. Denn nur Klarheit führt zur Freiheit. Eins aber müssen wir tun: Unerschrocken für die Freiheit kämpfen. Freiheit des Staates, Freiheit der Wirtschaft, Freiheit der Erziehung, das sei das Ziel!“ — Werner Schmid hat in dieser Arbeit die in weiten Kreisen mehr und mehr Anerkennung findende Notwendigkeit der exakten Auseinandergliederung der drei Glieder des sozialen Organismus: Kultur, Staat und Wirtschaft deutlich herausgearbeitet. Auch zielt seine Gedankenführung konsequent auf klärende Begriffe hin, wie sie inzwischen von Walter Eucken und seinen Schülern entwickelt worden sind, wie z. B. „Interdependenz“ oder „Systemgerechtigkeit“ zwischen der demokratischen Staats-, der liberalen Wirtschafts- und der freiheitlichen Ordnung des Erziehungswesens — Red.

Wir dürfen daher feststellen, daß die Macht des heutigen Staates hervorging aus der Machtvollkommenheit der Menschen. Allein, im Augenblick, da der Staat geschaffen, die äußere Organisation vollzogen war, hatten sich auch die Menschen eines Teils ihrer persönlichen Macht begeben. Sie beugten sich jetzt unter die Gesetze eben dieses Staates, dessen Schöpfer sie waren. In der Erkenntnis, daß diesen Gesetzen wohl nicht unter allen Umständen nachgelebt würde, weil sie ja niemals den sozial nicht berechtigten privaten Tendenzen aller Staatsglieder entsprachen, wurden bestimmte Personen mit der Überwachung der Gesetze betraut. Und in der Person dieser Staatsbeamten verkörperte sich fortan der Staat.

Dabei ist es, um zum modernen Staat zu kommen, zunächst gleichgültig, um welche Staatsform es sich handelt. Sowohl in der Monarchie wie auch in der Demokratie ruht schließlich der Staat auf dem Willen des Volkes, ohne dessen Zustimmung die Staatsform nicht bestehen kann. Dabei müssen wir aber sofort darauf hinweisen, daß sich heute die Völker dieser Zusammenhänge viel zu wenig bewußt sind. Je größer unsere Staatengebilde wurden, je mannigfacher die menschlichen Bedürfnisse sich gestalteten, um so größer wurde auch die Zahl derjenigen Menschen, die sich mit der staatlichen Organisation zu befassen hatten. Um so größer aber wurde auch die tatsächliche Macht des Staates. Je weniger der Einzelne das ganze Getriebe zu überblicken vermochte, um so größer wurde die Kompetenz und damit die Macht der Staatsbeauftragten, in denen sich der Staat verkörperte, in denen er nach außen hin, der ganzen Welt sichtbar, in Erscheinung trat. Je weiter aber der Staat sich vom persönlichen Gedankenkreis eines einzelnen Bürgers entfernte, je mehr er sich selbst seiner Macht bewußt wurde, um so mehr und um so rascher entwickelte er sich zu einem selbständigen Gebilde.

Das Selbstbewußtsein und die Machtvollkommenheit des heutigen Staates ist wesentlich auf diese Lockerung der Bindung zwischen Staat und Bürgerschaft zurückzuführen. Das Bewußtsein der Staatsbürger, daß sie die Schöpfer und Träger des Staates seien, begann zu schwinden. In dem Maß, in dem es zu schwinden begann, steigerte sich aber auch die Macht des Staates. Die Machtfülle wird heute beinahe schicksalhaft hingenommen und als Fatum empfunden. Diese Atmosphäre ermöglichte die Entstehung der Diktatur, in der sich die ganze Machtfülle in einer Person verkörpert. Der Staatsorganismus trägt nicht mehr den Stempel des Volkes, sondern den Stempel der Persönlichkeit des Diktators. Die Gefahr der Diktatur liegt darin, daß der Diktator die Spannkraft dieser Situation allzusehr überschätzt. Je mehr er sich vom Volksstaat entfernt und je mehr er den Staat und seine Organisation nach seinen persönlichen Ansichten und Bedürfnissen

durchgestaltet, um so rascher nähert er sich dem Punkt, an dem die Diskrepanz zwischen der eigentlichen, ursprünglichen Aufgabe des Staates und dem bestehenden Staat so stark wird, daß sie auch den breiten Volksmassen zum Bewußtsein kommt. Dies ist der Punkt, an dem die Diktatur in sich zusammenbricht, weil sich die Grundlage allzusehr verengt und der Staat allzusehr eine bloße Gedankenkonstruktion wurde.

Dieser Gefahr ist heute nicht nur die Diktatur ausgesetzt, sondern auch alle übrigen Staatsformen. Auch in der Demokratie besteht diese Gefahr. Der Unterschied besteht darin, daß in der Demokratie die Staatsmacht verkörpert wird nicht durch den Diktator, sondern durch die Regierung, beziehungsweise die Staatsbeamten.

Schon die Tatsache, daß man von Staatsbeamten und nicht von Volksbeamten spricht, ist charakteristisch. Wer auf irgend eine Weise in den Staatsdienst eintritt, fühlt sich in allererster Linie als Diener des Staates. Der Staat, das ist die Staatsverfassung, sowie die Gesetze und die Verordnungen. Das sind unantastbare Dinge, die der Staatsbeamte in erster Linie zu schützen und zu wahren hat. Ihnen muß Genüge geleistet werden. Sie sind die Dämme, zwischen denen das Leben des Volkes wogt und an denen es abprallt. Wir haben schon zu Beginn unserer Betrachtung gesehen, daß der Staat das Bestehende, das Dauerhafte ist im Gegensatz zum Leben seiner Bürger. In diesem Zusammenhang gewinnt diese Überlegung erhöhte und nachhaltigere Bedeutung. Der Staat ist das Beharrende, ein Organismus der nicht vorwärts drängt in rascher Entwicklung, sondern der sich zu erhalten sucht, der sich jeder Veränderung widersetzt. Jede Erweiterung des Staatsorganismus, jede Veränderung seiner Struktur muß ihm abgerungen werden. Der Staat ist zu einem Gott geworden. Jede Kritik an ihm und jede Bewegung, die auf seine Umgestaltung hinzielt, wird oft sogar als staatsfeindliche Aktion gebrandmarkt und womöglich bestraft. Dadurch wird eine Umgestaltung des heutigen Staates ungeheuer erschwert. Man glaubt immer noch, daß der Staat in erster Linie für die Bedürfnisse seiner Bürger Sorge, und vergißt, daß er in erster Linie für seine eigene Erhaltung und erst in zweiter Linie für das Wohl seiner Bürger sorgt. Wenn wir uns das Verhältnis zwischen

Staat und Bürger

vergegenwärtigen, wird uns das ohne weiteres klar. Dem individuellen Bedürfnis eines einzelnen Bürgers vermag der heutige Staat nicht mehr gerecht zu werden. Der Staat muß seine Steuern erheben nach Maßgabe der gesetzlichen Bestimmungen, ganz unbekümmert darum, ob im einzelnen Fall die Steuern den wirklichen Lebensbedürf-

nissen und Lebensnotwendigkeiten des Bürgers angepaßt sind oder nicht. Es ist dem Staat unmöglich, individuelle Ansprüche seiner Bürger zu befriedigen. Er kann es nur, wenn diese mit den gesetzlichen Bestimmungen und Vorschriften in Einklang stehen.

Ja, wir können noch einen Schritt weiter gehen und feststellen, daß jeder Versuch, persönliche Ansprüche und Beweggründe geltend zu machen, letztlich als Angriff auf den Staat gewertet wird. Man braucht sich nur zu vergegenwärtigen, mit welcher Energie alle bekämpft werden, die eine Umgestaltung des Staates in irgend einer Hinsicht fordern. Oder man vergegenwärtige sich, wie die Militärdienstverweigerer aus Gewissensgründen überall, in jedem Staat, bestraft werden. Dabei braucht gar nicht in erster Linie beanstandet zu werden, daß sie bestraft werden. Das Charakteristische und gleich Tragische ist vielmehr darin zu suchen, daß diese Leute, die aus absolut ehrlichen, meistens religiösen Motiven handeln, als ehrlos erklärt werden. Es wird also nicht in erster Linie ihre Handlung, sondern ihre Gesinnung bestraft.

Alles das trägt dazu bei, daß der Bürger heute den Staat nicht mehr oder zum mindesten lange nicht mehr in demselben Ausmaß wie früher als Beschützer empfindet, sondern als Gegner. Wer heute vom Staat etwas erreichen will, der weiß, daß er es erkämpfen muß; der weiß, daß der Staat alles tun wird, um seine Wünsche, mögen sie noch so berechtigt sein, zu vermindern, auf ein Minimum herabzudrücken oder gar zu zermalmen. Jeder Bürger weiß, daß er allein gegen den Willen der Staatsorgane nichts zu erreichen vermag.

Das Prinzip der Demokratie beruht freilich darauf, daß vor dem Gesetz alle gleich sind, daß jeder Bürger dieselben Rechte und Pflichten hat. Aber auch in der Demokratie stehen die Dinge so, daß der Staat ängstlich darüber wacht, daß keiner seiner Bürger sich etwas anmaßt, das seine Mitbürger nicht besitzen. Es ist das Bestreben der heutigen Demokratie, das Leben ihrer Glieder zu normen und zu nivellieren. Jede Bewegung, die darauf abzielt, in dieses genormte und traditionsbeschwerte Leben der Demokratie eine Bresche und eine Veränderung zu schlagen, wird als undemokratisch und zugleich als staatsgefährlich zu erledigen versucht. Man setzt ihr die größten Widerstände entgegen, aus dem falschen Glauben heraus, daß die Uniformität des Lebens das Ziel der Demokratie sei und nicht die Mannigfaltigkeit. Also auch in der modernen Demokratie, wie wir sie in Europa kennen, muß sich der Einzelne dem Staat gegenüber als wehrlos betrachten, und nicht umsonst mangelt gerade da es allzu oft an persönlicher Initiative. Man hat die persönliche Initiative gewissermaßen delegiert an die Parteien. Eine Untersuchung über das Wesen des heutigen

Staates wird daher nicht um eine genaue Betrachtung des Verhältnisses zwischen

Staat und Partei

herunkommen.

Im „Urstaat“ mochten Partei und Staat zusammenfallen. Im historischen Staat war das nie der Fall. Jeder Staat zerfiel zum mindesten in zwei Parteien: die herrschende und die beherrschte. Je größer die Staaten wurden, um so aussichtsloser wurde das Unterfangen, alle Staatsglieder unter einen Hut zu bringen. Aus diesem Grund mußten sich die, die dieselben Interessen hatten, zusammenschließen. Diese Aufgabe der Partei war nie so deutlich wie heute. Bestand der alte Staat, der Staat des mittelalterlichen Feudalismus, aus der Klasse der Herrscher und der großen Partei der Beherrschten, so besteht der moderne Staat aus zahlreichen Interessengruppen. Die beiden historischen Parteien des früheren Staates waren noch bestrebt, den Staat nach ihrem Willen zu formen, ihm das Gepräge ihrer Einstellung zu geben. Man denke nur an die Bewegung des Liberalismus zu Beginn des 19. Jahrhunderts. Die heutigen Parteien aber wollen nicht mehr gestaltend auf den Staat, auf die Gesellschaft einwirken, sondern sie treten dem Staat fordernd gegenüber. Sie vertreten die materiellen Interessen einer ganz bestimmten Bevölkerungsgruppe. Die Vertreter der Parteien haben in erster Linie an die Interessen ihrer Wähler zu denken; ihre Tätigkeit ist nicht mehr auf das Gesamtinteresse des ganzen Volkes gerichtet. Unter den alten, großen Parteien gibt es keine, die „auf das Ganze geht“.

Der heutigen Politik fehlt der Zug ins Große. Er muß ihr unter den gegebenen Umständen fehlen, denn das Merkmal der heutigen Politik ist der Kompromiß. Die Verantwortung für die Politik müssen schließlich alle Parteien gemeinsam tragen, zumindest alle größeren Parteien. So müssen sich diese Parteien schließlich, um irgendwie handlungsfähig zu werden, auf einer gemeinsamen Basis finden, die, je größer die Interessengegensätze sind, um so schmaler wird. Und da diese Kompromisse eben immer nur ein Quentchen jedes Parteiprogramms enthalten, vermag keine Partei sich mit irgendwelcher Begeisterung für sie einzusetzen. Darum fehlt der heutigen Politik die innere Schwungkraft.

Der Staat aber ist gewissermaßen die Verkörperung dieses Systems, die erstarrte Formel des noch einigermaßen beweglichen Parteigetriebes. Da die Staatsbeauftragten wiederum vielfach als Vertreter der Parteien in Verwaltung und Regierung sitzen, haben auch sie die Fähigkeit selbständigen Handelns im Interesse des ganzen Volkes eingeübt. Indem sie sich in erster Linie ihrer Partei verantwortlich

fühlen, andererseits aber doch mit Angehörigen aller Volksklassen in Berührung kommen, bleibt ihnen nichts als die Flucht hinter die Paragraphen. Sie sind nicht nur diejenigen, die die Paragraphen schützen, sondern auch die von ihnen Beschützten. So erklärt es sich, daß die Staatsfunktionäre, welcher Partei sie auch angehören mögen, so oppositionell und gegensätzlich sie sich vorher gebärdet haben mögen, mit ihrem Eintritt in die Regierung von einer erstaunlichen Gleichmäßigkeit der Interessen beseelt sind. Es zeigt sich hier eben wiederum der nivellierende Einfluß des Staates.

Aus all diesen Gründen ist es schließlich mehr oder weniger belanglos, welche von den heute bekannten Parteien, aus denen sich die Vorstellung „Partei“ ergibt, heute im Staat dominieren. Die zur Regierung und Mitverantwortung kommende Partei wird Staatspartei und damit eine Vertreterin des Bestehenden, Beharrenden. Es sei zugegeben, daß die Ziele der bisher bekannten, alten Parteien unterschiedlich sein können. Aber sie sind keinesfalls so groß, daß sie tiefgehende Staatsumgestaltungen zur Folge haben könnten. Denn diese Parteien gelangen ja schließlich im Rahmen des bestehenden Staates ans Ruder, in die Regierung. Wenn eine Partei zur Regierung gelangt, bedeutet das ja eine Machterweiterung ihrer Interessensphäre. Unsere Parteipolitiker sind aber klug genug, um abschätzen zu können, wie weit sie ihre Interessen treiben können, ohne Gefahr zu laufen, gestürzt zu werden. Denn eine Überspannung bedeutet entweder den Sturz oder die Diktatur.

Die Partei hat daher ein Interesse am Staat. Andererseits hat aber auch der Staat an den Parteien seine mächtigste Stütze. Indem er durch Kompromisse allen Parteien etwas gibt, fesselt er sie an sich. Indem alle Parteien nach der Macht im Staat streben, indem vor allem die Sesselfreudigen unter den Parteiführern danach dürsten, die Macht des Staates auszuüben, werden sie an ihn gefesselt, von ihm fasziniert. So ist es eine auffallende und von keinem Sehenden zu leugnende Tatsache, daß die sozialistischen Führer aller Länder, seit sie „regierungsfähig“ wurden, außerordentlich staats-treu wurden.

Diese Feststellung braucht zunächst gar kein Vorwurf zu sein. Sie soll uns lediglich aufs Neue die Macht des Staates veranschaulichen. Es geht den Parteiführern gewissermaßen wie einem Vogel, der vom Schlangenblick derart gefesselt wird, daß er nicht mehr von ihm loskommt. Mit den Führern taumeln ganze Parteien ins Fahrwasser der Staatsmacht.

Das wäre ja an und für sich nicht schlimm, wenn nicht in diesem Taumel meist der klare Blick verloren ginge. So klar eine Partei die Fehler und Mängel des Staates zu sehen vermag, solange sie noch in der

Opposition ist, so mangelhaft ist diese Klarheit, wenn sie zur Macht gelangt ist. Grundsätzlich ist es natürlich zu begrüßen, wenn möglichst viele Parteien und damit möglichst weite Volkskreise in einer Regierung vertreten sind. Allein, wenn scheinbar begeisterte Führer zu getreuen Förderern des Bestehenden herabsinken, denen jede Initiative und als Staatsmänner jede Begeisterung und Begeisterungsfähigkeit mangelt, ist es schließlich gleichgültig, aus welcher Partei sie stammen.

So müssen wir feststellen, daß jede der bisherigen Parteien staats-erhaltend und damit staatsfremd ist und daß es eine sehr zweifelhafte Sache ist, wenn man von ihnen die Erneuerung des Staates erwartet. Man kann heute von einer Partei erwarten, daß sie kleine Reformen durchsetzt, daß sie einigen Parteimitgliedern zu Ämtern verhilft; aber es ist aussichtslos, eine grundsätzliche Umgestaltung des Staates zu erwarten. Aus diesem Grunde macht heute unser Parteileben eine Krisis durch, weil das Verhältnis zwischen

Bürger und Partei

gestört ist. Der Glaube an die Parteiprogramme ist durch das Versagen der „alten“, bisherigen Parteien arg erschüttert. Allüberall tauchen starke Zweifel daran auf.

Das ist keineswegs verwunderlich. So wie in einem Krieg die Versprechen, mit denen man die Völker auf die Schlachtbank treibt, nie erfüllt werden und erfüllt werden können, so werden auch die Wahlversprechungen, mit denen man die Wähler in den Parteikampf hetzt, nie Wirklichkeit. Diese Wahlversprechungen sind ja auch nur zum Teil ernst gemeint, und soweit sie ernst gemeint sind, prallen sie ab an der unerschütterlichen Macht des Staates und der Realität des Kompromisses der Parteien.

Jeder Bürger kennt heute diese Zusammenhänge und nimmt ohne weiteres an jedem Wahlversprechen die nötigen Abstriche vor. Darum ist es heute aber auch nicht mehr möglich, die breiten Massen für den Parteikampf zu interessieren und zu begeistern, ausgenommen vielleicht in jungen Republiken wie in Deutschland, in denen die breiten Massen erst ihre politische Lehrzeit absolvieren.

In allen Staaten macht sich heute gleichermaßen eine tiefgehende politische Müdigkeit der Bürger breit. Die ewigen unerfüllten Versprechungen haben den guten Willen und den guten Glauben abgestumpft. Das zeigt sich auch darin, daß nur ein verhältnismäßig kleiner Teil der Bürger in politischen Parteien organisiert ist. Die große Masse steht außerhalb der Parteien. Da sie nicht organisiert ist, bleibt ihr nichts anderes übrig, als bei den parteipolitischen Kämpfen der

Partei die Stimme zu geben, deren Versprechungen ihr am meisten Aussicht auf Ehrlichkeit und Realisierbarkeit zu bieten scheinen. So setzt sich die Stimmenzahl jeder Partei stets zusammen aus einer verhältnismäßig kleinen und konstanten Gruppe der Parteimitglieder und der, je nach Umständen stark oder weniger stark, schwankenden Zahl der sogenannten Mitläufer. Die Zahl dieser Mitläufer, also die Zahl der unabhängigen Bürger bestimmt den Ausgang jedes Abstimmungskampfes. Das hat sich bei Abstimmungen in der Schweiz schon zu wiederholten Malen deutlich genug gezeigt. Immer wieder kommt es vor, daß Gesetzesprojekte, die von allen Parteien, also scheinbar von den Vertretern aller Volkskreise befürwortet werden, in der Abstimmung durch das Volk unterliegen und umgekehrt.

Diese Tatsache kann von zwei Seiten betrachtet werden. Vom Standpunkt des Staates und der Parteien aus wird man sagen, daß es bedauerlich sei, daß diese großen Massen sich nicht organisatorisch erfassen lassen zur Mitarbeit am Staat, in der Partei. So sei es nicht möglich, die gemeinsame Formel und Form der Politik zu finden, wenn breite Massen gleichgültig beiseitestehen. Andererseits wird man aber dem entgegenhalten dürfen, daß es beim heutigen Stand der Parteipolitik gut sei, wenn eine von ihr unabhängige Wählermasse da sei, die sich nicht ohne weiteres durch Parteiparolen fangen lasse.

Man braucht also den Widerstand so vieler Bürger, mit dem sie sich gegen den Eintritt in eine Partei wehren, durchaus nicht als Passivum zu buchen. Je mehr denkende Bürger, aus dem Bedürfnis heraus, sich über das Parteigetriebe zu erheben und sich eine klare Übersicht zu verschaffen, auf das Parteibuch verzichten, um so mehr werden wir das als ein Aktivum buchen dürfen. Besonders ist die Tatsache, daß die Parteien über den Mangel an Nachwuchs klagen, daß in sämtlichen Parteien über Interesselosigkeit der Jugend politischen Fragen gegenüber geklagt wird, keineswegs eine so bedenkliche Erscheinung wie man behauptet. Diese Interesselosigkeit ist in erster Linie eine Interesselosigkeit der belasteten Parteipolitik gegenüber. Es ist nicht ein Mangel an Begeisterungsfähigkeit. Es ist kaum anzunehmen, daß die heutige Jugend weniger Begeisterung in sich spürt als die frühere. Aber in den Parteien wurde die Begeisterung gelähmt und gehemmt. Wo Jugend in einer Partei sich organisierte, da hat sie noch stets die Parteileitung in Harnisch gejagt. Denn allzu oft wollte die Jugend das Parteiprogramm sprengen. Aber welcher Parteiführer könnte das dulden? Wer sägt den Ast ab, auf dem er sitzt und auf dem er langsam und sicher an den Stamm heranrutschen will, unters regensichere Laubdach des Parteistaates? Darum hat ein großer Teil der Jugend heute andere Interessen, zum Beispiel im Sport, gefunden.

Die Behauptung, daß breite Volksmassen heute der Politik interesselos gegenüberstehen, ist also nur bedingt richtig. In Wirklichkeit ist es vielmehr so, daß wohl das Interesse für die heutige Politik fehlt, ja im Schwinden begriffen ist, daß aber das Interesse für eine von Grund auf neue, ehrlichere, wahrhaftigere Politik, für eine Politik, die den Rahmen der Parteiinteressen sprengen und in tieferem und zugleich höherem Sinne der Gesamtheit dienen würde, vorhanden wäre. In dieser Feststellung liegt wohl das größte Aktivum der Bilanz der heutigen Politik. Wir wollen uns vorläufig mit der Feststellung dieser Tatsache begnügen. Wir werden später darauf zurückkommen und uns fragen müssen, wie dieses Kapital nutzbar gemacht werden könnte, wie diese zweifellos vorhandenen Kräfte des guten Willens für die Gemeinschaft nutzbar gemacht werden könnten. Ehe wir aber zu dieser Betrachtung übergehen können, müssen wir notwendig in aller Kürze noch die Frage prüfen, ob

Staat und Gemeinschaft

miteinander identisch sind. Im politischen Leben, haben wir gesehen, besteht die Gemeinschaft dank der Herrschaft der Parteien nicht mehr. Das Volk zerfällt in Gruppen, die verschiedene Interessen haben und nach verschiedenen Zielen streben. Aber auch im wirtschaftlichen Leben ist die Gemeinschaft zerfallen. Das wirtschaftliche Ergehen der einzelnen Gruppen unseres Volkes ist so verschieden, daß sich ihre äußeren Lebenskreise nur noch in wenigen Punkten berühren.

Bietet so das tägliche Leben eines Volkes das Bild des Aneinander vorbei-Lebens, des Nebeneinander statt des Miteinander, so ist es mit dem staatlichen Leben nicht anders. Wir haben den heutigen Staat bereits charakterisiert als die starre Macht des Beharrenden, in sich selbst ruhenden und befriedigten Sich-selbst-Genügens. Das Leben eines werktätigen Volkes aber kann dadurch nicht gefördert werden. Dieser Staat bildet wohl die äußere Zusammenfassung des Volkes, so wie ein Faßreif das Faß zusammenhält; aber er bildet nicht mehr die geistige Grundlage, aus der das Volk die Kraft zieht. Das Dasein des heutigen Staates wirkt nicht befruchtend auf das Leben des Volkes ein, sondern eher hemmend. Die Tendenz des Staates ist ja — das haben wir schon gesehen — die Normung alles Lebens. So bilden die heutigen Völker, zusammengefaßt durch den Rahmen des Staates, nur noch in sehr bescheidenem Maß eine wirkliche Gemeinschaft, ein Zusammenleben und Zusammenklingen der Einzelglieder. Soweit wir noch von einer staatlichen Gemeinschaft reden können, ist es eine Schicksalsgemeinschaft. Geschicke, die über ein ganzes Volk hereinbrechen, vermögen es noch zusammenzuschmieden und das Gefühl der Zusammengehörigkeit in ihm zu wecken und aufleben zu lassen.

Allein, sofern es sich da nicht um wirkliche Naturereignisse handelt, wie z. B. um Erdbeben, sondern um Schicksale, die Menschenhand gestaltete, wie z. B. Krieg und Wirtschaftskrisen, erweist es sich, daß auch da das Gefühl der Gemeinschaft keineswegs immer erzeugt wird. Denn solche Schicksalsschläge, die ja im Grund genommen gar keine sind, sondern nur als solche ausgegeben werden, treffen eben nie alle Menschen gleich. Krieg und Wirtschaftskrise treffen das einfache Volk, nicht aber den Kriegsgewinnler und den Spekulanten. Und gerade da zeigt es sich deutlich, daß der Staat heute keineswegs mit der Gemeinschaft identisch sein kann.

Wir dürfen also nicht ohne weiteres Staat und Gemeinschaft einander gleichsetzen, wenn anders wir nicht den Begriff der Gemeinschaft zu einem rein statistischen Begriff des Nebeneinanderlebens herabdrücken wollen. Es ist vielmehr das Kennzeichen des heutigen Staates, daß ihm die Idee der Gemeinschaft in weitgehendem Maß abhanden gekommen ist. Mit Schlagworten sucht man sich über dieses Fehlen der wichtigsten Grundlage hinwegzutäuschen; mit dem Schlagwort des Patriotismus sucht man zu halten, was längst verschwunden ist und nur durch die Schaffung gleicher Lebensbedingungen wieder gestaltet werden könnte.

Wenn wir also etwas für den Staat tun, so ist damit noch lange nicht gesagt, daß wir auch etwas für die Gemeinschaft getan haben, d. h. etwas, das allen Menschen, allen Gliedern des Volkes gleichmäßig zugute kommt.

In diesem Zusammenhang müssen wir aber gerechterweise feststellen, daß es dem Staat gar nicht mehr möglich ist, einen weitgehenden Einfluß auf das Gemeinschaftsleben im Sinne einer Erneuerung auszuüben. Denn die wesentlichsten Einflüsse gehen heute von der Wirtschaft und von der Erziehung aus, von denen noch eingehend zu reden sein wird.

Zeigt es sich so, daß Staat und Volksgemeinschaft keineswegs mehr gleichwertige Begriffe sind, so müssen wir noch feststellen, daß es dafür innerhalb des Staates „Gemeinschaften“ gibt, oder, wie man heute eher sagt, „Klassen“. Die größte dieser Klassen ist die Klasse der Arbeiterschaft, der lohnarbeitenden Bevölkerung. Diese „Gemeinschaft“ wurde durch den gleichartigen Lebensrahmen geschaffen und reicht — eine wichtige Tatsache! — über die einzelnen Landesgrenzen hinüber. Die Gleichheit der Lebensbedingungen macht freilich auch die Klasse der Bauern oder die Klasse des sogenannten Mittelstandes zu einer internationalen Gemeinschaft. Allein im Gegensatz zu diesen letztgenannten Gruppen haben die Arbeiter bewußt den Zusammenschluß mit ihren Arbeitsbrüdern gesucht, um so, ein großes Ziel vorwegnehmend, eine internationale Gemeinschaft zu schaffen. Schon

diese Tatsache tut deutlich dar, daß das bloße staatliche Dasein nicht mehr genügt, um die wahren Bedürfnisse nach Gemeinschaft zu befriedigen. Die Gemeinschaft mit Volksgenossen, die die Arbeiterklasse im eigenen Vaterland nicht zu finden vermochte, läßt sie die Grenzen aller Vaterländer überschreiten und nach Schicksalsgenossen suchen. Die Tatsache, daß die Internationale der Arbeiterschaft anno 1914 versagte, spricht nicht gegen dieses Bedürfnis nach Gemeinschaft; sie spricht lediglich gegen die sozialistischen Führer jener Zeit, die den Kopf nicht klar genug behielten und sich ins Schlepptau des Staates nehmen ließen.

Ohne den Zusammenhang zwischen Staat und Wirtschaft jetzt schon zu berühren, können wir nach all den bisher angestellten Betrachtungen nun doch wohl feststellen, daß

die Bedeutung des heutigen Staates

keineswegs mehr derjenigen früherer Jahrhunderte gleichkommt. Das heutige Staatsprinzip hat sich überlebt und erschöpft. Der heutige Staat ist nicht mehr der Ausdruck einer lebendigen Idee, nicht mehr der fruchtbare Ackerboden einer blühenden Volksgemeinschaft, sondern er ist der Ergebung heischende, nivellierende, rächende und strafende Halbgott, das Idol einer nicht mehr bestehenden oder wenigstens dem Untergang geweihten Halbkultur. Das schöpferische Prinzip wird heute nicht mehr durch den Staat verkörpert. Das wirklich schöpferische Leben wird außerhalb des Staatsorganismus gelebt. Denn der Geist des heiligen Bürokratismus legt sich wie ein erstarrender Reif auf alles Leben. Indem er alles Leben zu erfassen und zu regeln trachtet, erwürgt er es. Je mehr unser aller Leben ihm erliegt, um so unfruchtbarer und sinnloser wird es. Denn Leben heißt nicht Einförmigkeit, sondern Vielfältigkeit, Mannigfaltigkeit der Formen. Je mehr wir also alles Leben gleichgestalten wollen, um so weniger bleibt uns vom wirklichen Leben übrig. Diese Erkenntnis ist von fundamentaler Bedeutung, denn sie eröffnet uns den Blick in die Zukunft; sie weist uns den

Weg zur Erneuerung des Staates.

Wenn der heutige Staat ein erstarrter, unlebendiger, dem wirklichen, freien Leben eher feindlich, zumindest mißtrauisch gegenüberstehender Mechanismus ist, so muß der neue Staat sicherlich von wesentlich anderer Struktur sein als der heutige.

Der Staat darf nicht mehr Selbstzweck sein. Er darf nicht mehr um seiner selbst willen da sein. Er darf nicht mehr verlangen, daß sich das Leben der Allgemeinheit nach den von ihm aufgestellten Normen regelt und abspielt. Das vielfältige Leben, das sich in seinem

Netz von Reglementen und Paragraphen verding, muß er wieder freigeben. Der Weg zum neuen Staat liegt in der Rückkehr zur Freiheit.

Aber wie, ist denn nicht die Freiheit selbst verkörpert im Staat? Ist denn nicht das Freiheitsprinzip seit der französischen Revolution das oberste aller Staatsprinzipien? Haben nicht die Völker eh und je auf den Schlachtfeldern für die Freiheit geblutet? Scheinbar war es so; manchmal war es ja wohl auch wirklich so. Mindestens haben die Völker immer geglaubt, für die Freiheit zu kämpfen. Indem sie für das Vaterland in den Kampf zogen, für die Freiheit ihrer Volksgemeinschaft, die, ach wie oft, nicht die Freiheit der Volksgemeinschaft, sondern die Eroberungslust und Machtbegierde der Herrschenden war, merkten sie nicht, daß sie diesem Idol ihre persönliche Freiheit zum Opfer brachten. Im Glauben, für eine Idee zu kämpfen, opferten sie sich einem Idol. Und das größte Opfer, das sie brachten, war ihre persönliche Freiheit, das Selbstbestimmungsrecht jedes Einzelnen, geboren aus seiner inneren Sittlichkeit. Dafür wurden sie stärker als je an den Staat gebunden, dessen Forderungen sie sich bedingungslos unterzuordnen hatten. Es gab sicher in der Weltgeschichte zahlreiche Kriege, die wirkliche Freiheits- und Unabhängigkeitskriege waren, wo eine Volksgemeinschaft sich gegen einen Angriff zu wehren hatte. Daß die heutigen Kriege keine solchen Kriege mehr sind, ist längst jedem Einsichtigen klar.

Doch nicht nur im Krieg, auch sonst gibt der Staat vor, die Freiheit zu schützen und ihr bester und erster Hüter zu sein. Das tut jeder Staat; mit ganz besonderem Nachdruck aber tut es der demokratische. Denn „vor dem Gesetz sind alle gleich“. Das soll bedeuten, daß kein Bürger dem andern gegenüber benachteiligt werden darf. Es soll aber nicht heißen, daß der Staat darauf auszugehen habe, das Leben jedes einzelnen Bürgers in die gleiche Gesetzmäßigkeit zu zwingen. Diese Gleichheit vor dem Gesetz hat vielmehr den Sinn, daß der Staat für alle die gleichen Lebensbedingungen, die gleichen Daseinsbedingungen, zu schaffen habe. Das ist ja auch der Sinn der Glaubens-, der Rede-, der Presse-, der Gewerbefreiheit. Jeder Bürger soll das Recht haben, diese Freiheiten in vollem Umfang auszuüben. Die Aufgabe des Staates ist es lediglich, dafür zu sorgen, daß keiner seiner Angehörigen in diesen Rechten verkürzt wird. Keinesfalls aber kann es die Aufgabe des Staates sein, diese Freiheiten nur in bestimmten Grenzen zu gewährleisten oder gar Personen, die von diesen Freiheiten Gebrauch machen, in einem Sinne, der mit den bisherigen staatlichen Ansichten nicht übereinstimmt, als mißliebig und ehrenrührig zu brandmarken.

Der Sinn der freiheitlichen Gesetzgebung des modernen Staates ist nicht in erster Linie die Wahrung der Unabhängigkeit der Volksgemeinschaft nach außen, sondern die Wahrung und Sicherung der persönlichen Freiheit jedes einzelnen Bürgers. Zu dieser Freiheit müssen wir zurückkehren, denn wir haben sie verloren. In dem Maß, wie die Macht des heutigen Staates wuchs, der Staatsorganismus und Staatsbürokratismus zur Selbstherrlichkeit emporstieg, jeder Zweifel an der Unfehlbarkeit des Staates als staatsfeindlich gebrandmarkt und verfolgt wurde, in dem Maß ging auch unsere persönliche Freiheit verloren. Die Folgen dieser Fehlentwicklung zeigen sich in einem erstaunlichen Mangel an persönlichem Mut, in einem überhandnehmenden Wirtshausheldentum und dem damit Hand in Hand gehenden Kriechertum. Mißstände fühlen gar viele; sie zu brandmarken, haben gar wenige den Mut.

Die wahre Größe des Staates liegt nicht in einer raffiniert ausgebauten, den Bewegungsbereich jedes Bürgers möglichst genau abzirkelnden Gesetzessammlung, in einem Berg von Verordnungen und Reglementen, sondern in der jedem Bürger möglichsie Handlungsfreiheit gewährleistenden sittlichen Grundlage des Staatswesens. Die Überreglementierung des staatlichen Lebens führt schließlich nur zu gesteigertem Mißtrauen. Sie führt dazu, daß jeder beobachtet, ob nicht der liebe Nebenmensch ein Gesetz verletze und gegen die Regeln verstoße.

Der Wert jeder Gemeinschaft ist um so größer, je kleiner die Zahl der Gesetze ist, die sie zusammenhält. Denn je weniger äußere Mittel sie braucht, um die Menschen zusammenzuhalten, um so stärker müssen die inneren, seelisch-geistigen Bindungen sein, die sie zusammenhalten. Wenn eine Ehe oder Familiengemeinschaft nur zusammenhält, weil das Gesetz es so vorschreibt, dann ist es in Wahrheit keine Ehe, keine Familie. Wenn ein Staatsgebilde nur zusammenhält, weil die staatlichen Gesetze ein Auseinanderfallen der einzelnen Volksteile verhindern oder außerordentlich erschweren, dann ist das in Wahrheit kein Staat mehr. Andererseits ist es grundfalsch, wenn zwei Menschen in einer Ehe zusammenbleiben, die sich nie verstehen können und sich einander aufreiben. Ebenso falsch ist es, wenn ein Staat Glieder zusammenhält, die sich nicht vertragen und aneinander reiben. Ein solches Verhältnis zu lösen wäre sittlich viel gesünder.

Indem wir also einen Abbau des Übermaßes staatlicher Regelung fordern, fordern wir zugleich eine geistige und sittliche Vertiefung des Staatsgedankens. In ihr erkennen wir die Erneuerung des Staates. Der Staat hat die gesetzlichen Grundlagen des Zusammenlebens der Bürger nach den wichtigsten Gesichtspunkten zu ordnen. Er soll aber bedenken, daß er es mit lebendigen Menschen zu tun hat. Er soll nicht

vergessen, daß in jedem von ihnen ein göttlicher Funke lebt. Und in der Ehrfurcht vor diesem wertvollsten Leben soll er seine Gesetze gestalten. Indem er sie aber so gestaltet, wenigstens zu gestalten sucht, daß jedem Individuum ein Höchstmaß an persönlicher Freiheit zugebilligt wird, stellt er auch automatisch die Forderung auf, daß jeder Staatsbürger sich dieser Freiheit würdig erweise. Dieser in Wahrheit freie Staat kann nur bestehen, wenn auch jeder seiner Bürger in dieser Ehrfurcht vor allem Leben seinem Mitmenschen gegenübertritt.

Die wahre staatsbürgerliche Erziehung kann daher nicht in der Erziehung zur Kenntnis der staatlichen Gesetze und Paragraphen liegen, sondern sie liegt vielmehr in der Erziehung zur Achtung vor dem Nächsten, zur Achtung vor der gegenseitigen Freiheit, zur Achtung vor allem Menschenleben. Die staatsbürgerliche Erziehung ist also nicht die Erziehung zum Staatsbürger, sondern die Erziehung zu der – schon von Pestalozzi so eindringlich geforderten – Menschenwürde. „Er ist durch diese Würde allein Mensch, ohne sie hört er auf, es zu sein. Sie, diese Würde, ist das einzige Ziel der Menschenbildung und zugleich das erste Mittel für sie.“ In dieser Erziehung der Menschenwürde eingeschlossen ist also auch die staatsbürgerliche Erziehung. Mit der Anerkennung dieses Grundsatzes, daß die Menschenwürde und ihre Bildung das höchste Ziel des Staates ist, anerkennen wir auch, daß die Freiheit der letzte Sinn des Staates ist. Nicht die scheinbare Freiheit des heutigen Bürokratismus-Staates, sondern die persönliche, eben in der Menschenwürde des Einzelnen wurzelnde persönliche Freiheit, die zu fördern und heranzubilden die einzige Aufgabe des Staates ist.

Diese Freiheit ist aber nur möglich in der Demokratie. Denn jede andere Staatsform, besonders die Diktatur, ist aufgebaut auf der Mißachtung dieser Menschenwürde. Indem sich ein Einzelner zum Herrscher aufschwingt über ein ganzes Volk, indem er auf den Schultern seiner Mitmenschen zu seiner alle freiheitlichen Regungen ersticken- den Macht aufsteigt, hat er schon das einzige wirklich staatenbildende Gesetz verletzt und den Zusammenbruch seines Staates besiegelt. Darum stirbt jede Diktatur mit dem Diktator, weil sie nicht verwurzelt ist in der Verantwortung des ganzen Volkskörpers.*)

Denn die Freiheit des Menschen, die Befreiung der Menschenwürde schließt zugleich auch in sich die Verantwortung für den Mitmenschen. Wer zur Erkenntnis seiner eigenen, in ihm ruhenden sittlichen Kraft gelangt ist, wird auch diese Kraft in seinem Mitmenschen erkennen und spüren. Die Erkenntnis schließt in sich die Achtung, die Achtung

*) Dies gilt nicht für den bolschewistischen Staat, dessen Macht durch die in viele Köpfe zwangsweise gepreßte Doktrin Dauer erhält. Red.

wiederum die Verantwortung. So liegt der wahre Sinn der Demokratie nicht in der Duldung der Mitmenschen, sondern in der Verantwortung ihnen gegenüber. Die Demokratie, nach der wir streben müssen, ist also nicht jene, die das persönliche Eigenleben ihrer Mitbürger normt und nivelliert; es ist vielmehr jene, die es nach Möglichkeit fördert, die sich für dieses Leben verantwortlich fühlt.

In einem solchen Staat, in dem jeder sich für seinen Mitmenschen verantwortlich fühlt, in dem jeder Bürger in der Entfaltung seines Mitbürgers nicht eine Hintansetzung seiner selbst, sondern eine Förderung der Gesamtheit erkennt und sich angespornt fühlt, in einem Staat also, in dem die persönliche Initiative als wertvollstes Gut geachtet wird, müßten Hader und Mißgunst, Parteikampf und Verdächtigung von selbst in weitgehendem Maß verschwinden. Anstatt jeden Fortschritt auf das eigene Konto zu buchen und jeden Fehler der Gegenpartei anzukreiden, müßte vielmehr ein Wettkampf eintreten in der Verwirklichung hoher Ideale; das Gute und der Erfolg der einen Partei würde der andern zum Ansporn dienen.

Wenn wir also vom Staat fordern, daß er den Weg zur Freiheit beschreiten soll, so meinen wir, daß es seine Aufgabe sei, alle Möglichkeiten zur Entfaltung der persönlichen Initiative zu schaffen. Wo immer sich etwas Lebensfähiges regt, sollte es wachsen können, ungehemmt durch staatliche Schranken und Reglemente. Der Abbau der heutigen Überbürokratie wäre also gleichbedeutend mit einem Aufbau des wirklichen Staates, der nicht mehr der Herrscher des Volkes wäre, sondern dessen Diener.

Wir haben bis jetzt versucht, das Wesen des Staates, losgelöst von allen andern Erscheinungsformen des Lebens zu betrachten. Dabei sind wir zu dem Schluß gekommen, daß eine Erneuerung des Staates notwendig sei. Diese Erneuerung ist völlig unmöglich, wenn nicht mit der Erneuerung des Staates zugleich auch vor sich geht eine Umgestaltung unserer Wirtschaft. Staats- und Wirtschaftsorganismus haben sich derart ineinander verfilzt, das Schwergewicht des Geschehens hat sich derart von der Politik auf die Wirtschaft verschoben, daß eine Umgestaltung des Staates nur möglich ist durch eine Umgestaltung der Wirtschaft. Ohne sie ist jede Staatserneuerung Flickwerk. Wenden wir uns daher der Wirtschaft zu!

*

Die Urformen der Wirtschaft

sind außerordentlich einfach. Dabei ist anzunehmen, daß jeder Einzelne für sich selber sorgte, oder vielmehr, daß jede Familie für sich sorgte. Aus der Familienwirtschaft wurde eine Sippenwirtschaft. Der Charakter der Wirtschaft änderte sich damit nicht.

Der Charakter der Wirtschaft änderte sich aber auch nicht, als die Menschen begannen, Tongeschirre zu formen. Denn auch bis anhin hatten sie ja Waffen hergestellt. Mit dem Zeitpunkt, da die Menschen auf Pfählen ganze Dörfer bauten, da die Gemeinden größer wurden, da die Menschen an das Leben gewisse Ansprüche in bezug auf Wohnkultur machten, begann sich etwas vorzubereiten, was nachher von entscheidender Bedeutung werden sollte: die Arbeitsteilung. Besonders geschickte Menschen, die am raschesten ihre Tongeschirre formten, mochten dazu übergehen, sich nur noch dieser Arbeit hinzugeben. So stellte ein Töpfer für das ganze Dorf die Geschirre her; einer verfertigte die Waffen; einer setzte Pelze zu Kleidern zusammen; in einer Familie wurden die ersten Stoffe gewoben. Die übrigen männlichen Dorfbewohner lagen derweil der Jagd ob und hatten die Aufgabe, alle Einwohner des Dorfes mit Nahrungsmitteln zu versorgen. Dabei war es wohl selbstverständlich, daß jeder sich so viel Nahrung holen konnte, als er brauchte, oder zum mindesten so viel wie jeder andere auch, während die Handwerker ebenso viele ihrer Handwerksgegenstände erzeugten, die die Gemeinschaft brauchte. Es handelte sich also noch um eine reine Kommunalwirtschaft.

Ein Bedürfnis nach einer Veränderung dieser Wirtschaft bestand zunächst nicht. Denn jede Gemeinde, jede Dorf- oder Siedlungsgemeinschaft lebte wohl in sich abgeschlossen. Es ist aber anzunehmen, daß Menschen eines benachbarten Dorfs vielleicht auf besonders gute Handwerker im andern Dorf aufmerksam wurden. Sie waren also wohl bestrebt, deren Produkte ebenfalls zu bekommen. Sofern das nicht durch kriegerische Eroberung geschehen konnte, mußte es dadurch geschehen, daß man gegen diese gewünschten Gegenstände etwas tauschte. Dieser Tauschhandel hatte aber enge Grenzen. Denn die Möglichkeit des Tausches war außerordentlich gering. Brachten doch die Dörfer, die unter denselben Verhältnissen lebten, auch dieselben Produkte hervor. Der Tauschhandel nahm erst einigen Aufschwung, als Völker verschiedener Kulturen miteinander in Berührung kamen, als z. B. die Pfahlbauer ihre Pelze gegen bronzene und eiserne Waffen, gegen Schmuckgegenstände eintauschen konnten. Da diese Dinge bei ihnen sehr begehrt waren, mochten sie dafür sehr viele Felle hergeben.

Als die Völker sich gegenseitig ihre verschiedenartigen Produkte austauschten, mochte in ihnen zum erstenmal auch der Gedanke auftauchen, daß es nützlich sein könnte, Menschen feindlicher Stämme, die gefangen wurden, für sich arbeiten zu lassen. Indem man also die feindlichen Gefangenen für sich arbeiten ließ, als Sklaven, begann in der Geschichte zum erstenmal die Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft zugunsten anderer Menschen, die in der Geschichte der Menschheit noch eine so gewaltige und leidvolle Rolle spielen sollte. Es ist unverkennbar, daß

die Sklaverei

für die Entwicklung unserer Kultur von größter Bedeutung war. Der Weg zur modernen Kultur und zur modernen Wirtschaft führt über die Sklaverei, gleichviel welcher Art sie war. Daß wir diese Sklaverei wieder abstreifen müssen, um zur höheren Kulturstufe zu gelangen, soll bald gezeigt werden. Es ist aber unverkennbar, daß die Sklaverei an und für sich einen Kulturfortschritt darstellte. Die Menschen wurden nicht mehr getötet; sie wurden am Leben erhalten, um als Arbeitstiere zu dienen. Diese Sklaven dienten aber nicht nur als willkommenes Arbeitstier; sie dienten gleichzeitig auch als willkommenes Tauschobjekt. Dabei stieg naturgemäß ihr „Wert“, je nach der Menge der im Lande anwesenden Sklaven und je nach ihrer Arbeitskraft, die sie verkörperten. Die menschliche Arbeitskraft wurde also eine Ware.

Allein, der Wirtschaft fehlte zur Zeit des Tauschhandels doch etwas, das die Leute jener Zeit nicht vermissen mochten, weil sie es nicht kannten, ein gewisses Etwas, das für den Aufschwung der Wirtschaft von größter Bedeutung werden sollte. Denn, wenn ein Jäger z. B. seine Felle tauschen wollte gegen einen Sklaven, oder gegen einen Auerochsen, so war noch lange nicht gesagt, daß derjenige, der einen Sklaven oder einen Auerochsen abgeben wollte, auch bereit war, Felle dagegen einzutauschen. Vielleicht hatte er selber genug Felle erjagt. Wozu also neue eintauschen? Der Besitzer der Felle mußte also weiterwandern, bis er einen Sklaven- oder Ochsenbesitzer fand, der seine Felle zu bekommen wünschte. Das war wohl oft genug eine sehr mühsame Wanderung. Nicht nur mußte der Mann seine Felle unter Umständen sehr weit schleppen, sondern er hatte auch mit dem eingetauschten Produkt einen sehr weiten Heimweg. Aus diesem Grund bildeten sich gar bald besonders beliebte Tauschmittel heraus, solche nämlich, die sich leicht und gut transportieren und wieder tauschen ließen. Das waren besonders Schmuckgegenstände. Es war viel einfacher, für die Felle Schmuckgegenstände einzutauschen, von denen man wußte, daß man sie im heimischen Dorf wieder gegen Sklaven

oder Ochsen eintauschen konnte. So wurde der Schmuck zur Urform des Geldes, und es vollzog sich der

Übergang zur Geldwirtschaft.

Dieser Übergang von der Tauschwirtschaft zur Geldwirtschaft ist das fundamentalste Ereignis im wirtschaftlichen Leben der Völker und damit ein fundamentales weltgeschichtliches Ereignis. Warum?

Zunächst bedeutete die Einführung des Geldes eine gewaltige Erleichterung des Handels. Wer Waren abzusetzen hatte, konnte nun seine Waren gegen Geld eintauschen, ohne daß er sofort wieder eine Ware einzutauschen brauchte. Dem Warenbesitzer genügte es fortan, daß er einen Liebhaber für seine Ware fand; er brauchte dabei nicht mehr darauf zu achten, daß dieser auch gleichzeitig die Ware besaß, die er selber benötigte. Er konnte seine Ware gegen Geld vertauschen und mit diesem Geld zu einem andern Warenbesitzer laufen, um dort das Produkt zu erstehen, daß er benötigte. Er konnte aber auch, einmal im Besitz des Geldes, mit seinem Einkauf warten, sofern er das Produkt noch nicht benötigte. Daß diese Überlegenheit des Geldbesitzers dem Warenbesitzer gegenüber auch ihre Schattenseite hat, werden wir bald sehen.

Die zweite Folge ist die Ermöglichung der Arbeitsteilung. Schon der Tauschhandel hatte diese Arbeitsteilung in bescheidenem Umfang und engen Grenzen ermöglicht. Wer Tongeschirre herstellt und gegen Lebensmittel eintauschen möchte, die er aber Mühe hat zu bekommen, der wird notgedrungen die Herstellung seiner Tongeschirre unterlassen und selber auf die Jagd gehen müssen. Wenn er aber die Tongeschirre dort an den Mann bringen kann, wo sie benötigt werden, und sie gegen Geld einzutauschen in der Lage ist, dann kann er ruhig Töpfe herstellen und sich die Lebensmittel dort kaufen, wo sie zu haben sind. Der Bauer brauchte jetzt nicht mehr Ackerbau- und Viehzucht zu treiben und sich zugleich alle Waffen und Werkzeuge noch selber anzufertigen. Denn was er brauchte, das konnte er sich ja kaufen, Waffen beim Waffenhändler, Werkzeug beim Werkzeughändler usw. Das Geld erst ermöglichte also den Handwerkerstand. Denn es ist einleuchtend, daß, sobald sich ein Mann auf eine bestimmte Tätigkeit beschränkte, er sich in dieser Tätigkeit auch eine größere Fertigkeit aneignete als der, der alle ausüben mußte. Es ist daher einleuchtend, daß durch diese, auf die Einführung des Geldes zurückgehende wirtschaftliche Arbeitsteilung, erst die Grundlage zur heutigen wirtschaftlichen Kultur gelegt wurde. Ohne das Geld würden wir heute noch in primitiven Dörfern wohnen. Durch das Verschwinden des Geldes und die Wiedereinführung der Tauschwirtschaft würden wir sofort auf eine niedrigere Kulturstufe zurücksinken.

In seinem außerordentlich wertvollen und in seiner Art einzigartigen Buch „Segen und Fluch des Geldes in der Geschichte der Völker“*) macht Fritz Schwarz noch auf einen dritten Vorteil aufmerksam, den die Einführung des Geldes mit sich brachte, nämlich auf die Entwicklung der Persönlichkeit im Sinne ihrer Verselbständigung. „Nun konnte ein Handwerker diesen Vorteil, ein anderer jenen an seinen Erzeugnissen vorweisen, die Käufer kamen zum Auswählen, und so konnten sie ihren Geschmack bilden.“ Schwarz zitiert auch Bernhard Shaw: „Um die Menschen in den Stand zu setzen, die Produktion nach ihrem eigenen Geschmack zu bestimmen, muß man ihnen ihr Einkommen in der Form von Geld geben. Mit diesem Geld bestimmen sie die Produktion.“ So sehen wir, daß das Geld eigentlich die Grundlage der heutigen Wirtschaft ist. Denn ihren Charakter hat die Wirtschaft seit der Einführung des Geldes nicht mehr geändert. Geändert, d. h. entwickelt haben sich lediglich die Bedürfnisse der Menschen und damit, beeinflußt durch das Mittel des Geldes, die Erzeugnisse der menschlichen Arbeit.

Dieser Übergang von der Tauschwirtschaft zur Geldwirtschaft zeigt uns aber mit aller Deutlichkeit

die Funktion des Geldes

in der Wirtschaft. Die Aufgabe, die es zu erfüllen hat, ist die Erleichterung des Güteraustausches. Das Geld ist zum allgemein anerkannten und gebrauchten Tauschmittel geworden. Dabei spielt die Form des Geldes, also die Art seiner Beschaffenheit, keine Rolle. Das erste Geld, so sahen wir, waren Schmucksachen, also wohl in erster Linie Gold. Dieses Gold war zunächst begehrt als eine Schmucksache, also als eine Ware. Als Geld, als besonders beliebtes und geschätztes Tauschmittel eignete es sich sodann vor allem infolge seiner Dauerhaftigkeit, denn es hatte den Vorteil, sich zu erhalten, während alle übrigen Waren mit der Zeit verderben. Lebensmittel, Gebrauchsgegenstände aller Art verderben oder kommen aus der Mode. Aus

resultiert nun aber auch die Überlegenheit des Geldbesitzers gegenüber dem Warenbesitzer. Der Geldbesitzer kann sein Geld behalten solange er will, während der Warenbesitzer gezwungen ist, seine Ware so rasch wie möglich an den Mann zu bringen, um seinerseits in den Besitz von Geld zu kommen. Stellen wir uns nun vor, daß einer auf irgendeine Art in den Besitz einer großen Geldmenge gekommen ist, die es ihm ermöglicht, neben dem, was er für seine täglichen Bedürfnisse ausgibt, eine große Summe zurückzubehalten, so erkennen wir ohne weiteres, daß der Geldbesitzer dem Warenbesitzer überlegen ist. Während die Ware dem Angebots-

*) Pestalozzi-Fellenberg-Haus, Bern 1931.

zwange untersteht, ist das beim Geld, dank seiner Dauerhaftigkeit, nicht der Fall. Der Geldbesitzer kann sein Geld, seine „Überware“, dann gegen Ware eintauschen, wenn es ihm paßt.

Diese Überlegung macht uns ohne weiteres klar, daß die Beschaffenheit des Geldes, also seine stoffliche Beschaffenheit, grundsätzlich ohne Bedeutung ist. Im Charakter des Geldes als „Überware“ liegt ja begründet, daß man diese „Überware“ lediglich dazu brauchen will, um auf die Ware einen Einfluß auszuüben, auf ihre Produktion usw. Die „Überware“, also das Geld, wäre an und für sich völlig wertlos, wenn ihr nicht die Ware gegenüberstehen würde, die man kaufen kann. Wenn nun das Tauschmittel als solches allgemein anerkannt wird, dann spielt seine Beschaffenheit gar keine Rolle mehr. So haben als Geld, als Tauschmittel schon funktioniert: Muscheln, Edelmetalle aller Art, Papier. Die Richtigkeit dieser Behauptung wird uns noch deutlicher zum Bewußtsein kommen, wenn wir versuchen, die heutige Wirtschaft zu durchleuchten, in ihr Getriebe einen Einblick zu bekommen.

Wir haben bereits betont, daß mit der Einführung des Geldes der Charakter unserer Wirtschaft endgültig bestimmt wurde, daß sie sich in ihrem Wesen bis auf den heutigen Tag nicht mehr änderte. Ihre Vieltätigkeit ist eine Frucht der Geldwirtschaft. Sie bedeutet aber nicht eine Wesensänderung der Wirtschaft. Es wäre also ganz falsch zu glauben, daß durch Einschränkung der Bedürfnisse, durch ein Zurückschrauben der Bedürfnisse auf das Maß früherer Jahrhunderte, uns irgendwie eine Befreiung aus unserer heutigen Wirtschaftsorganisation bringen würde. Die Einführung des Geldes bedeutete vielmehr die Einführung der

kapitalistischen Wirtschaftsordnung.

So interessant es wäre, so ist es doch in diesem Zusammenhange überflüssig, die Entwicklung der Vielfältigkeit der Produktion zu verfolgen, denn wir haben hier nicht eine Geschichte der Technik zu schreiben. Unsere Untersuchung gilt vielmehr der Frage: wie ist die Wirtschaftsform beschaffen, die die Entwicklung dieser Technik ermöglichte? Wenn wir also das heutige, kapitalistische Wirtschaftssystem zu zergliedern suchen, so zergliedern wir zugleich auch das Wirtschaftssystem irgendeiner früheren Zeit seit Einführung des Geldes. Über die Wirksamkeit dieses Wirtschaftssystems, also die Wirksamkeit des Geldes im Laufe der Jahrhunderte, mag man in dem bereits erwähnten Buche von Fritz Schwarz, das eine unerhörte Fülle wertvollsten Materials enthält, nachlesen.

Da unsere heutige Wirtschaft eine Geldwirtschaft ist, eine Wirtschaft, die ohne das Geld, das Blut der Wirtschaft, erschläfft in sich selbst

zerfallen würde, ist es nur natürlich und logisch, wenn wir unsere bereits begonnenen Untersuchungen über die Funktion des Geldes in der Wirtschaft und seinen Einfluß auf diese fortsetzen, wobei wir uns mit Rücksicht auf den Umfang dieser Schrift größter Kürze befleißigen müssen.

Die Güter, die unsere Wirtschaft erzeugt, werden hergestellt, um verbraucht zu werden. Die verbrauchten Güter müssen durch immer neue ersetzt werden. Die Güter müssen also von ihrem Ort der Erzeugung wandern zum Verbraucher. Unser Wirtschaftssystem ist *dynamisch*. So wie der Eisenbahnzug die Waren von einem Ort zum andern führt, so hat nun auch das Geld die Aufgabe, die Waren vom Hersteller zum Konsumenten, zum Verbraucher zu führen.

Stellen wir uns nun vor, daß zu einem gegebenen Zeitpunkt eine bestimmte Menge Geld sich in den Händen der Käufer befindet und daß anderseits eine bestimmte Menge Waren sich auf dem Markt befindet. Einerseits also ist die Geldmenge, die nach Waren fragt, – andererseits die Warenmenge, die sich anbietet. Es stehen sich also gegenüber Angebot und Nachfrage. Dadurch wird der Preis der Ware bestimmt. Wird nun die Warenmenge aus irgendeinem Grund verringert, dann werden zweifellos bei gleichbleibendem Angebot des Geldes die Preise steigen. Wird umgekehrt die Warenmenge vergrößert, so fallen die Preise, weil der Warenbesitzer seine Ware gerne los sein möchte. Wir können uns nun aber ebenso gut vorstellen, daß auch die Geldmenge sich verändert. Wird sie größer, dann steigen die Preise. Denn je größer die Nachfrage nach Waren wird, je dringender die Waren verlangt werden, um so rascher steigen die Preise. Anderseits hat die Verringerung der Geldmenge fallende Preise zur Folge. Wiederum ist es die Angst des Warenbesitzers, seine Ware nicht loszuwerden, die ihn veranlaßt, die flauere Nachfrage durch eine Preisreduktion zu stoppen. Wir sehen also, daß

die Geldmenge einen Einfluß auf die Preisgestaltung

ausüben kann, und zwar einen sehr folgenschweren. Wodurch kann nun aber eine solche Mengenveränderung des Geldes herbeigeführt werden? Einmal durch die Notenbank, indem sie mehr Noten in den Verkehr bringt. Steigert die Notenbank die Notenausgabe in einem sehr starken und sehr raschen Maß, so spricht man von einer Inflation. Anderseits kann aber die Notenbank die Notenmenge auch verringern, indem sie keine Kredite mehr bewilligt und keine Wechsel mehr diskontiert. Die Notenbank hat also die Möglichkeit, auf das Preisniveau einen entscheidenden Einfluß auszuüben. Ebenso wie sie durch eine Inflation die Preise steigert, kann sie durch eine Deflation sie wieder senken.

Allmächtig ist jedoch die Notenbank nicht. Der private Geldbesitzer kann ihr nämlich ins Handwerk pfuschen. Der Kapitalist, der über eine große Geldmenge verfügt, kann, sofern ihm das Spaß macht, sein Geld zurückbehalten; er kann es dem Verkehr entziehen. Das kann nicht nur der Kapitalist; das kann natürlich auch der kleine Mann, der seine ersparten Noten im Strumpf oder in der Kommode verbirgt, statt sie auf die Bank zu bringen. Nur tun es die beiden aus verschiedenen Überlegungen heraus. Was hat das aber zur Folge, wenn eine Note nicht umläuft? Nationalbankdirektor Bachman in Zürich hat erklärt, daß in normalen Zeiten eine Note im Laufe eines Jahres 200mal den Besitzer wechselt. Das bedeutet, daß eine Hunderternote im Jahre 200 mal kauft, bedeutet also einen Warenabsatz im Betrag von 20 000 Franken. Wird diese Note ein Jahr lang aufbewahrt, so werden für 20 000 Franken weniger Ware gekauft! Werden nun große Notenmengen dem Verkehr entzogen, so bedeutet das einen gewaltigen Minderabsatz an Waren; es bedeutet eine Absatzstockung mit all ihren üblen Folgen.

Wir sehen also, daß nicht allein die Geldmenge von Wichtigkeit ist, sondern auch die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes. In der Regel wirken nun beide Momente zusammen, so daß sich ihre Wirkung gegenseitig steigert. Worin ihre Wirkung besteht, haben wir ja bereits gesehen. Eine verminderte Geldmenge bedeutet eine verminderte Nachfrage auf dem Markt, also ein Sinken der Preise. Eine verminderte Umlaufgeschwindigkeit bedeutet dasselbe. Fallende Preise aber sind gleichbedeutend mit einer Wirtschaftskrise, mit Arbeitslosigkeit und Schädigung der Schuldner, deren Verpflichtungen mit der Steigerung der Kaufkraft des Geldes steigen. Der umgekehrte Fall tritt ein, wenn die Preise allgemein in die Höhe gehen. Dann haben die Leute zu tun; aber das Geld ist „wertloser“ geworden; der Gläubiger wird betrogen. Er kann mit dem ihm zurückgegebenen Geld im Durchschnitt weniger kaufen als mit dem Geld, das er ausgeliehen hatte. Um dieses Auf und Ab zu vermeiden, ist die nach dem gleichbleibenden Index, d. i. Durchschnittspreis, verwaltete Währung, deren Kaufkraft stabil ist, notwendig. Die Beherrschung der rohen Geldmenge genügt aber nicht, wie wir eben sagten. Es muß also auch die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes gebändigt werden. Sie muß zu einem kontrollierbaren Faktor gemacht werden, damit der Einzug und die Ausgabe des Geldes die gewünschte Wirkung haben kann. „Die natürliche (freiheitliche) Wirtschaftsordnung“ schlägt darum eine mit dem Geldschein verbundene Geldsteuer vor, die das Geld zum Angebot zwingt.“ Die Folge ist: rege Nachfrage, gute Beschäftigung der

); Vgl. „Fragen der Freiheit“ Folge II, „Die funktionsfähige Währung“ von Dr. Heinz Hartmut Vogel und „Der Ursprung des Geldes im Mythos“ von Konrad Hugin.

Wirtschaft. Der Angebotszwang (Umlaufsicherung) des Geldes, der es von der „Überware“ zur Ware macht, wirkt aber auch dem Zins entgegen, da die Zurückhaltbarkeit des Geldes erschüttert ist.

Die Lösung der „sozialen Frage“ ist aber erst restlos möglich, wenn neben der eben skizzierten Geldreform eine Bodenreform einhergeht. Erst Geld- und Bodenreform verwirklichen den vollen Arbeitsertrag. Die Tatsache, daß der Grund und Boden sich in Privatbesitz befindet, stellt ganz zweifellos eine der schärfsten Ungerechtigkeiten der heutigen Wirtschaftsordnung dar. Eine große Klasse der Menschen wird dadurch dauernd von einer andern Klasse abhängig gemacht. Die Einführung der Indexwährung mit Umlaufsicherung hätte aber zweifellos eine Verschärfung dieser Situation zur Folge, weil sich der Kapitalismus auf den Boden stürzen würde, um daraus Nutzen zu ziehen. Es ist also einleuchtend, daß Hand in Hand mit der Einführung dieses funktionsfähigen Geldes auch eine

Bodenreform

gehen müßte: die Überführung des Grund und Bodens in den Besitz der Allgemeinheit. Wobei wir unter Allgemeinheit nicht nur die Glieder eines Volkes, sondern die gesamte Menschheit verstehen.

Es erhebt sich die Frage, wie diese Rückführung zu geschehen hätte. Eine Zwangsenteignung zugunsten der Allgemeinheit wäre sicherlich eine Ungerechtigkeit, denn sie würde denjenigen, der den Boden bebaut, ihn kultivierte, um die Früchte seiner Arbeit bringen. Die Rückführung müßte durch einen Rückkauf geschehen. Er würde sich in der Weise vollziehen, daß die Gemeinden den Boden gegen Schuldscheine zurückkaufen (*Vorkaufsrecht der Gemeinden*). Diese Schuldscheine müßten zu den üblichen Zinssätzen verzinst werden, wobei sich die durch die Dauerkonjunktur herbeigeführte Zinssenkung auch auf diese Papiere auswirken würde.

Der Besitz des Grund und Bodens durch die Allgemeinheit würde jedem Menschen sein Anrecht auf diesen Boden wieder zurückgeben. Aber wie müßte sich dieses Recht auswirken? Der Gedanke der Kommunalisierung des Bodens, d. h. der Verteilung des Bodens an jeden einzelnen Menschen ist Unsinn. Es begehren ja gar nicht alle Menschen Boden zu besitzen. Zudem müßten durch eine solche Verteilung neue Ungerechtigkeiten entstehen, weil ja der Boden nicht überall gleichwertig ist zufolge der verschiedenen Beschaffenheit und Lage. Die einzig mögliche Verteilungsart wäre die Verpachtung durch ein öffentlich-rechtliches Institut, etwa eine Bodenbank an den Meistbietenden. Wenn wir uns vergegenwärtigen, daß diese Verpachtung in einer durch funktionsfähiges Geld beherrschten Wirtschaft geschehen würde, sehen wir den Vorteil ohne weiteres ein. Sie würde eine inten-

sive Bebauung des Bodens ermöglichen; sie würde aber auch eine Beteiligung aller Bodeninteressenten ermöglichen.

Die Bodenspekulation wäre verunmöglicht, da ja durch die Pacht der Boden nicht in den Besitz des Pächters übergehen würde. In bestimmten Zeiträumen müßte die Pacht erneuert oder neu durchgeführt werden. Wer den Boden schlecht und ungenügend bearbeitet, würde dann durch denjenigen verdrängt, der durch rationellere Methoden mehr herausholen könnte. Wer sich durch die Pachtsumme zu sehr belastet fühlt, könnte sie erniedrigen lassen usw.

Die Summe der Pachtgelder würde zunächst zur Verzinsung und zur Tilgung der Schuldscheine verwendet werden. Nach Durchführung dieser Maßnahme könnte sie zu allgemeinen Zwecken (Straßenbauten usw.) und damit zum Steuerabbau dienen.*)

Wir haben hier auch auf die weiteren Vorteile der Bodenreform nicht näher einzugehen. Es handelte sich darum, ihre Notwendigkeit darzulegen und sie in das Bild, das wir uns von einer Neugestaltung unserer Wirtschaft zu machen suchten, einzufügen.

Dagegen wollen wir an diese Erkenntnisse noch einige allgemeine und grundsätzliche Betrachtungen anknüpfen.

Es ist einleuchtend, daß eine solche freie Wirtschaft ganz andere Auswirkungen auf die Struktur unseres sozialen Lebens haben würde. Das Schwergewicht der Wirtschaft würde gewissermaßen aus dem Bereich des Kapitals wiederum verlegt ins Bereich der Arbeit. Die Wirtschaft wäre nicht mehr eingestellt auf einen möglichst großen Erwerb durch arbeitsloses Einkommen, sondern auf einen möglichst großen Erwerb durch Arbeit. Das Schwergewicht der Wirtschaft wäre nicht mehr vereint in den Händen einer verhältnismäßig sehr kleinen Zahl von Menschen, sondern es würde verlegt in die Hände aller Arbeitenden, die den vollen Ertrag ihrer Arbeit genießen würden. Das Heer der Arbeitenden, in dem der Gußputzer und der Werkdirektor ihren wohlverdienten Platz hätten, wäre die Grundlage der Wirtschaft („Partnerschaft“, d. R.). In dieser Wirtschaft würde die freie Konkurrenz eine wesentlich andere Rolle spielen als heute. Es wäre die freie Konkurrenz der Arbeit, nicht des Zinskapitals. Denn heute ist der Wettbewerb eingeschnürt durch die Tributpflicht des Zinses, während er in der freien Wirtschaft sich in der Richtung nach Qualität und Zweckmäßigkeit unbegrenzt entfalten könnte.

*) Eine gerechte und sinnvolle Verwendung wäre es, die aufkommenden Gelder aus der Bodenverwaltung an alle Einwohner gleichmäßig zu verteilen, — denn die Verwendung durch die öffentliche Hand verführt, wie die Erfahrung lehrt, die Parlamente zu unnötigen und unzweckmäßigen Ausgaben. Red.

Der Wettbewerb würde sich selbstverständlich auch im Leben auswirken, indem die Stellung eines Menschen von seinen Leistungen abhängen würde. Heute hängt die soziale Stellung in zahllosen Fällen nicht von der Eignung des Menschen, sondern von der sozialen Stellung seiner Eltern, von seinen Beziehungen und Protektionen ab. Die im Vollbetrieb stehende Wirtschaft würde durch ihr Spiel der freien Kräfte solche Schleichwege verunmöglichen. Kein Unternehmer hätte ein Interesse daran, irgendeinen Vetter, bloß um seiner Eigenschaft als Vetter willen, einzustellen. Nur fähige Leute kämen für Posten, die wirkliche Fähigkeiten verlangen, in Frage. Der Aufstieg der Tüchtigen wäre gesichert.

In einer anderen Hinsicht würde das freie Spiel der Kräfte noch segensreich wirken. Es würde nicht nur den Aufstieg der Fähigen ermöglichen, es würde überhaupt jedem Menschen mehr oder weniger ermöglichen, bei der Wahl seines Berufes seinen Neigungen zu folgen. Der ständige Bedarf an tätigen Händen, der sich auf allen Gebieten der Wirtschaft, aber auch bis hinauf in die Gefilde der Kunst und Wissenschaft zeigte, würde jedem Menschen die Möglichkeit eröffnen, dort sein Auskommen zu suchen, wo er nach Veranlagung und Neigung sein Bestes leisten zu können glaubte. Damit würde die Berufsberatung überflüssig, wie überhaupt eine solche Wirtschaftsform einen radikalen

Abbau des Fürsorgewesens

zur Folge hätte. Das heutige Fürsorgewesen, das sich von der Wiege bis zum Grabe des Menschen annimmt, birgt große Gefahren in sich, weil es das Gefühl der Selbstverantwortung untergräbt. Man denke nur an die großen Schäden, die das Krankenkassenwesen schon schuf. In einer Wirtschaft, in der jeder die Möglichkeit hätte, auf eigenen Füßen stehend, für sich selbst zu sorgen, könnte das Fürsorgewesen auf ein Minimum beschränkt werden. Auf alle Fälle müßte es sich nicht mehr wie heute auf Gesunde erstrecken.

Würde so diese Wirtschaft jedem einzelnen Menschen ein Maximum an Bewegungsfreiheit gewährleisten, so käme sie damit dem natürlichen Bedürfnis des Menschen weitgehend entgegen. Sein Hang nach Unabhängigkeit und Selbständigkeit würde durch ein solches Wirtschaftssystem befriedigt. Dabei wäre keineswegs die Gefahr da, daß ein schrankenloser Egoismus das friedliche Beisammensein der Menschen stört. Das Gegenteil wäre zu erwarten. Während heute die ständige Not weitester Volkskreise, die sich andererseits einem schrankenlosen Luxus gegenübersehen, die Begierde wecken und fördern muß, würde in dieser neuen Wirtschaftsform, die jedem Menschen die Früchte seiner Arbeit in vollem Umfang sicherte und in der

er nie fürchten müßte, arbeitslos zu werden, der ungesunde, mit Haß und Neid verbundene Egoismus zurückgedämmt zugunsten eines gesunden und natürlichen Selbsterhaltungstrieb. Neben diesem hätte jede Art des Altruismus Platz; ja, es ist anzunehmen, daß er weit besser gedeihen würde in dieser gesünderen Luft, in der die Sorge und Liebe zum Nächsten nicht verdüstert würde durch persönliche Not und Mühsal. *Damit hätten wir den Weg zurückgefunden zur Freiheit*, die wir suchten: zur Freiheit des Einzelmenschen, die allein auch die Freiheit der Gesamtheit zu sichern vermag. Dieses Gefüge der Wirtschaft würde die Menschen nicht wie das heutige kapitalistische Wirtschaftssystem entzweien und gegeneinander aufhetzen; es würde sie vielmehr zu einer großen Arbeitsgemeinschaft zusammenschweißen, in der jeder Einzelne sich als Teil des Ganzen fühlt. Der wirtschaftliche Zusammenhang der Menschen würde vielleicht deutlicher; aber er wäre nicht mehr begleitet von jenem drückenden und empörenden Gefühl der Abhängigkeit wie heute.

Haben wir bis jetzt versucht, sowohl den Staat als auch die Wirtschaft, von einander losgelöst, als Einzelercheinungen zu betrachten, so ist es Zeit, daß wir

Staat und Wirtschaft

in ihren wechselseitigen Beziehungen zueinander noch etwas näher ins Auge fassen. Denn die Beziehungen und Verknüpfungen dieser beiden Organismen sind heute so groß, daß es kaum mehr möglich ist, sie voneinander zu trennen. Insbesondere hat das letzte Jahrhundert, das Jahrhundert des raschen Aufstiegs des Kapitalismus und der Technik eine eigentliche Verfilzung zwischen Staat und Wirtschaft herbeigeführt.

Während überall der Staatsorganismus bis in seine feinsten Verästelungen ausgebaut wurde, bis zu seinem heutigen bürokratischen Perfektionismus, riß die Wirtschaft die eigentliche Macht an sich. Die Verschärfung der sozialen Gegensätze, hervorgerufen durch die kapitalistische Wirtschaftsform, konnte der Staat unmöglich heilen. Denn er besaß nicht die Mittel dazu. Er konnte wohl durch Fürsorgemaßnahmen, die von den Arbeitervertretern gefordert und von den Vertretern des Kapitals als Feigenblätter für ihr Ausbeutungssystem bewilligt wurden, die Not etwas lindern; aber an der Wurzel packen konnte er das Übel nicht. Er hätte es gekonnt, durch das Mittel der Geldreform; allein er getraute sich nicht, weil die entscheidende Macht in den Händen des Kapitals lag, weil an der entscheidenden Stelle stets dessen treue Diener saßen. Es fehlte bis heute dem Staat auch der Wille dazu, denn der heutige Staat, als Parteien- und Parlamentsstaat ist nicht zu einer einheitlichen Handlung fähig. Er läuft leer im Par-

lamentsgetriebe, durch das die Fiktion der Gleichberechtigung der Bürger aufrechterhalten wird. Der Kapitalismus hat an der Aufrechterhaltung dieser Täuschung größtes Interesse, denn solange sie bestehen bleibt, braucht er keinen wirklichen Angriff zu fürchten. Er braucht ihn auch nicht zu fürchten, solange die Arbeiterparteien noch in dem Wahn befangen sind, daß durch die bloße Eroberung der politischen Macht auch die soziale Umgestaltung vollzogen sei. Denn mit der Kommunalisierung der Produktionsmittel ist dieses Ziel nicht zu erreichen. Wir sollten heute so weit sein, zu erkennen, daß der Staatsbetrieb nicht produktiv sein kann, daß er keinesfalls produktionsanregend zu wirken vermag. Was mit dem Staat in enge Berührung kommt, ist hundertfältig der Gefahr der Verknöcherung und der Erstarrung ausgesetzt.

Wir sollten daher vielmehr statt auf eine Verschmelzung, auf eine Trennung von Staat und Wirtschaft hinarbeiten. Der Weg der Freiheit, den wir ja auch im staatlichen Leben suchten, führt nicht zum Staat hin, sondern vom Staat weg. In einer freien Wirtschaft aber, wie wir sie als notwendig zu erkennen glauben, ist auch die Bedeutung des Staates auf eine Verwaltungseinrichtung bereits gesunken. In dieser Wirtschaft, in der das Bedürfnis der Menschen auf dem natürlichsten Wege befriedigt, in der die Möglichkeit des Wohlstandes, des gesicherten Lebensunterhaltes, des Aufstieges der Tüchtigen möglich ist, wird kein Mensch ein vermehrtes Bedürfnis nach staatlicher Obhut empfinden. Staatliche Normungsversuche würden als lästige Fessel alsbald abgeschüttelt werden.

Der Abbau des Staates würde sich auch äußern in einem Abbau des Parlamentarismus, der ja heute schon nicht mehr im besten Ruf steht. Das Parlament würde seine Bedeutung einbüßen, denn es müßte sich nicht mehr mit wirtschaftlichen Fragen befassen. Das wirtschaftliche Leben würde sich auf einer ganz andern Ebene abspielen. Der überwundene Kapitalismus hätte kein Interesse mehr an einem Parlament, das ihn ja nicht mehr verteidigen könnte. Aus diesem Grunde würde auch die Opposition ausscheiden, und es blieben dem Parlament nur noch rein politische und verwaltungstechnische Aufgaben übrig.

Es wäre aber falsch, zu glauben, daß damit die Demokratie fallen würde. Es ist im Gegenteil so, daß die freie Wirtschaft

die Grundlage der eigentlichen Demokratie

darstellt. Eine politische Demokratie ohne funktionsfähige Marktwirtschaft ist eine Farce. Was nützt dem armen Teufel die politische Gleichberechtigung, wenn er nicht die Möglichkeit hat, seine wirtschaftliche Stellung zu verbessern? Was nützt es ihm, wenn er seinesgleichen in

ein Parlament abordnen kann, das nicht die Möglichkeit hat, das heutige Wirtschaftssystem zu ändern und ihn vor Arbeitslosigkeit und Not zu schützen? Solange es Menschen gibt, denen ein Teil ihres Arbeitsertrags geraubt wird, solange haben wir keine Demokratie. Erst dann ist eine wirkliche Demokratie möglich, wenn für alle die gleichen Lebensbedingungen geschaffen sind. Das heißt aber nicht, daß das Leben der Menschen in eine einheitliche Norm und Form gepreßt werden müsse, sondern das heißt im Gegenteil, daß für jeden Menschen die Möglichkeit geschaffen werden muß, sich frei zu entwickeln. Das kann nur geschehen durch eine freie Wirtschaft, nicht aber durch unsere heutige kapitalistische Wirtschaftsordnung, noch auch durch eine gebundene Plan- oder Kommunalwirtschaft.

Erst diese freie Wirtschaft in einem freien Staat ermöglicht die wahre Gemeinschaft. Wenn wir unter Gemeinschaft das Zusammenleben und Zusammenwirken Gleichgesinnter verstehen wollen — und etwas anderes läßt sich doch wohl kaum unter diesem Worte verstehen —, dann ist uns ohne weiteres klar, daß diese Gemeinschaft niemals zwangsmäßig erfolgen kann, sondern nur auf der Basis der Freiwilligkeit. Zu einer wirklichen Gemeinschaft können sich nur diejenigen zusammenschließen, die nach denselben Zielen streben, die ein gemeinsames Lebensziel haben. Eine wirkliche staatliche Gemeinschaft wird daher niemals möglich sein, da die Interessen der Menschen zu verschieden sind. Zwangswirtschaft, Gemeinwirtschaft, Kommunalwirtschaft wird daher niemals auf freiwilliger Grundlage möglich sein, da sie die Initiative des Einzelmenschen allzu stark lähmt und hemmt. Diese Wirtschaft wäre aber die Voraussetzung des kommunistischen Staates, wobei das Wort nicht im parteipolitischen, sondern im eigentlichen Sinne zu verstehen ist. Zwang löst immer Widerspruch aus, weckt immer den Widerstand. Freiheit allein vermag die Grundlage zu bilden für eine gedeihliche Zusammenarbeit. So wird der auf einer freien Wirtschaft ruhende, zu seiner eigentlichen Aufgabe als reines Rechtsgebilde zurückgekehrte Staat erst die eigentliche Grundlage einer wirklichen Gemeinschaft bilden können.

Die wirtschaftliche Unabhängigkeit und die weitgehende staatliche Freiheit, die erst dort ihre Grenze findet, wo das Zusammenleben der Allgemeinheit gestört wird, ermöglicht erst die Gemeinschaft. Der Gemeinschaftsgedanke wird sich erst dann voll auswirken können, wenn der Einzelne nicht mehr im zermürbenden Kampf ums tägliche Brot aufgerieben und von höheren Interessen abgelenkt wird. Heute hat der Gemeinschaftsgedanke auch im wirtschaftlichen Leben seinen Platz. Er ist, in der Form der Genossenschaft, in erster Linie Kampforganisation. In der neuen Wirtschaft, die die heutige Form der Aus-

beutung ja nicht mehr kennen wird, ist diese Form der Gemeinschaft nicht mehr nötig. Gemeinschaft kann dann wirklich das sein, was sie ihrem innersten Wesen nach sein will: Lebensgestaltung.

Dabei kann diese Lebensgestaltung, ganz nach dem Willen und Bedürfnis jeder Gemeinschaft sich entwickeln, unter Ausnützung aller vorhandenen und noch zu schaffenden Kulturgüter und technischen Errungenschaften. Gemeinschaft wird dann nicht mehr örtlich begrenzt sein müssen, sondern zeitlich und räumlich unbegrenzt werden können. Denn diese neue Wirtschaft, die jedem Arbeitenden seinen vollen Arbeitsertrag sichert, wird die sicherste Grundlage des Friedens bilden. Wirtschaftskrisen waren von jeher die größten Kriegsgefahren. Mit ihnen wird der Krieg, der ja immer auch einen wirtschaftlichen, meistens sogar einen nur wirtschaftlichen, Hintergrund hatte, verschwinden. Die staatlichen Grenzen werden ihre heutige Bedeutung verlieren und zu bloßen Verwaltungsgrenzen herabsinken.

So führt der Weg zum Zusammenschluß der Menschen über die Freiheit, die äußere und die innere Freiheit des Menschen. Dabei ist die äußere Freiheit, die ihren Ausdruck in Staats- und Wirtschaftsform findet, grundlegende Voraussetzung für eine gesunde und natürliche Entwicklung der inneren Freiheit. Wenn die Menschen bis heute noch nicht zu dieser wirklichen inneren Freiheit gelangten, sondern sie erst ahnend, mühsam um sie rangen, so ist das die Folge der mannigfachen Fesseln, die Staat und Wirtschaft ihnen auferlegten. Diese Fesseln zu sprengen, muß unser Ziel sein; diesen entfesselten Menschen zu einem höheren Ziel führen, ist unsere Aufgabe. Das ist der Sinn der Erziehung, der wir uns jetzt zuwenden wollen.

*

Das Ziel der Erziehung

auf eine gemeinsame Formel zu bringen, dürfte sehr schwer sein. Es ist vielmehr das Charakteristikum der heutigen Zeit, daß die heterogensten Erziehungsbestrebungen nebeneinander Platz haben und sich behaupten können. Unsere Zeit und Generation ist die Erbin eines großen Irrtums.

Die Entwicklung des letzten Jahrhunderts hat die Erziehung unserer Jugend bestimmend beeinflusst. Der Beginn des 19. Jahrhunderts steht im Zeichen des Aufstiegs, der Entwicklung. Der politische und wirtschaftliche Wiederaufbau Europas bedeutete und verlangte die Anspannung aller geistigen Kräfte. Was an neuen Ideen im Zusammenbruch der alten Feudalherrschaft aufgeflammt und lebendig geworden war, das verlangte nach endgültiger Durchgestaltung. Ideen vermögen aber nur dann im Völkerleben lebenskräftige Gestalt anzunehmen, wenn sie im Volk selbst verwurzelt sind, wenn sie in ihm wirken. Niemals aber sind Ideen in einem Volk so wirksam und lebensfähig, wenn vor ihm fordernd die Aufgabe des Aufbaus einer neuen Welt steht. Darum ist das beginnende 19. Jahrhundert das Jahrhundert der neuen Ideen, der neuen Ziele, des neuen Wollens, der neuen Kräfte, der neuen Taten.

Auch auf dem Gebiet der Erziehung. Man war sich klar, zum mindesten waren es die Führer, daß nur eine neue Einstellung zum Leben auch die neuen Menschen zu schaffen vermochte. Die Unterdrückung der Völker hatte die Lebenskräfte des Einzelmenschen verkümmern lassen. So war der lebendigste Quell der menschlichen Gesellschaft, das Kraftreservoir ihrer steten Erneuerung, erschöpft worden, und damit hatte sich die Gesellschaftsordnung jener Zeit selbst das Grab geschaufelt.

Es ist das große Verdienst Pestalozzis, daß er den Menschen wieder in den Mittelpunkt der Erziehungsaufgabe stellte. Er erkannte den grundlegenden Fehler der vorausgegangenen Epoche, rüttelte an den Fesseln, die der Mensch sich selber angelegt hatte, und verkündete die Freiheit des Individuums, weitete den Lebensraum des Einzelmenschen. Damit war die Grundlage einer neuen Erziehung geschaffen; dem Menschen waren neue Entwicklungsmöglichkeiten gegeben.

Es ist klar, daß diese neuen Erziehungsideale, die den alten so sehr entgegengesetzt waren, wenn man überhaupt im 18. Jahrhundert von Erziehungs-„Idealen“ reden darf, in der Seele der Völker ihren Widerhall finden mußten und zahlreiche Menschen zu begeistern

vermochten. Erzieher zu werden, wurde das Ziel begeisterungsfähiger Menschen. Begeisterung und Idealismus aber bilden die Lebensluft jeglicher Erziehung.

Der Ausbau neuer Staatsgemeinschaften verlangte die Heranbildung neuer Menschen. Das war das Erziehungsziel jener Zeit, die Entwicklung der in jedem Menschen schlummernden Kräfte die große Aufgabe. Zugleich wurde diese Entwicklung zu einer Tat der Selbsterhaltung, je größer die persönliche Freiheit wurde, die der einzelne genoß, je geringer der Druck und die Gebundenheit von oben auf dem Menschen jener Zeit lastete. So verband sich mit dem Erziehungsziel zu gleicher Zeit auch ein politisches Moment. Indem die Heranbildung eines neuen Geschlechtes für den neuen Staat von grundlegender Bedeutung wurde, wurde die Erziehung zum Staate von höchster Bedeutung.

Damit war aber auch eine große Gefahr verknüpft. Das allgemeine Erziehungsziel, das die Entfaltung aller menschlichen Kräfte verlangte, wurde verschoben und umgewandelt in das Ziel der Erziehung zum Staat. Es ist vollauf begreiflich, daß dem letzten Jahrhundert die Doppelaufgabe zu schwer wurde. Der Neuaufbau der Staaten rückte in den Vordergrund und nahm alle Kräfte in Anspruch. Auch die Kräfte des einzelnen Bürgers. Freilich waren diese Aufgaben groß und stellten die Verwirklichung hoher Ideale dar. Sie vermochten daher die Menschen zu begeistern, sie zu Opfern hinzureißen. Aber sie vermochten nicht, ihn völlig zu befreien. Aus den Fesseln des alten Staates wanderte er in die vielleicht etwas leichteren Fesseln des neuen Staates und zugleich in die Fesseln des hochkapitalistischen Wirtschaftssystems. Mit der Verstaatlichung des Erziehungswesens aber geriet auch die Erziehung in den Bannkreis dieser neuen Ideen und zugleich in neue staatliche und wirtschaftliche Gebundenheit.

Das Ziel der Erziehung ist die Entwicklung des Menschen

Dieses Ziel steht unverrückbar fest durch die Jahrtausende. Nicht die Erziehung zum Staat, nicht die Erziehung zum Wirtschaftsglied, nicht die Erziehung zu irgendeiner besonderen Tugend oder Tätigkeit ist das Ziel der Erziehung, sondern das Ziel der Erziehung ist der Mensch. Es ist aber gerade für die heutige Zeit typisch, daß wir stets zu etwas erziehen wollen, daß wir stets für einen bestimmten Zweck erziehen wollen. Daher die Ziellosigkeit unserer ganzen heutigen Erziehung. Wozu sollen wir unsere Kinder nicht alles erziehen! Zum Staatsbürger, zum Frieden, zum Soldaten, zum Geschäftsmann, zum Handwerker, zu tüchtigen Eltern, zum Sportsmann und weiß Gott wozu noch alles. Mag jedes dieser Ziele viel-

leicht seine Berechtigung haben, zu einer bestimmten Zeit eines Sinnes nicht entbehren, so ist doch zu sagen, daß keines dieser Ziele das Erziehungsziel schlechthin sein kann, ja, daß diese einzelnen Ziele sich allzuoft direkt widersprechen. Diesen

Widerspruch in den Erziehungszielen

finden wir nicht nur in der privaten, sondern auch in der öffentlichen Erziehung. Die private Erziehung wird ja stets weitgehend beeinflußt durch das öffentliche Erziehungswesen. Wir können heute wohl in keiner Familie irgendwie übereinstimmende Grundsätze in der Erziehung der Kinder feststellen. Was hier erlaubt ist, wird dort verboten; was hier als gut betrachtet wird, wird dort verpönt. Hier wird mit eiserner Strenge „zum“ Gehorsam erzogen, dort versucht, in Freiheit „zur“ Selbständigkeit zu dressieren. Zu diesen mannigfaltigsten „Methoden“ der Erziehung gesellt sich die Tatsache, daß wir heute, in der Hast und Hetze des heutigen Wirtschaftslebens, für die Erziehung unserer Kinder ohnehin wenig Zeit mehr übrig haben. So begnügen wir uns mit der Anwendung althergebrachter Erziehungs-„Mittel“, die meistens nicht der Erziehung, sondern unserer Bequemlichkeit dienen, ohne je über den tieferen Sinn der Erziehung nachzudenken.

Wozu auch? Wir haben ja die Schule. Wir können es uns ersparen, über die Mängel des heutigen Schulsystems viel zu sagen. Mit der Schilderung des heutigen Staates haben wir eigentlich auch seine Schule bereits geschildert, mit der Charakterisierung des heutigen Wirtschaftssystems auch die heutige Schule weitgehend gekennzeichnet. Abhängig vom Staat, hat sie dem Staat zu dienen. Durch Reglemente und Verordnungen sucht er die Schule zu regieren und zu fördern, erwürgt aber bloß deren wahres und wirkliches Leben. Es ist auch hier so: nicht der Mensch, nicht das Kind ist das Ziel; sondern das Kind hat sich nach dem „Lehrziel“ zu richten, nach dem, was der Staat als für sein Wissen notwendig erachtet. Wichtig an der Schule ist nicht mehr die Erziehung; wichtig ist die rationelle Vermittlung des Wissens; wichtig ist die Methode. Wissen ist wichtig. Die Methode ist wichtig. Sicherlich. Und gerade die Entwicklung der Schulmethode hat seit Pestalozzi gewaltige Fortschritte gemacht. Aber die Methode allein macht nicht selig. Wichtiger ist der Erzieher, der sie handhabt, wichtiger der Geist, in dem er sie übt. Die fortschreitende Methodisierung der Schule, die überhandnehmende Reglementierung ist der Beitrag, den die Schule leistete, an die Mechanisierung unseres Zeitalters.

Es ist die Tragik der Schule, daß ihre ausgeklügelten und ausgezeichneten Methoden sie nicht befähigten, den Menschen innerlich

zu fördern, sondern daß diese Methoden und Reglemente die Menschen gefangen nahmen und in ihren lebenerstickenden Bann zwangen. Dadurch, daß die Schule die Menschenkinder unter das Gebot eines und desselben Reglementes stellte, in den Zwang einer und derselben Methode spannte, erstickte sie die Mannigfaltigkeit des Lebens, die mit jedem neuen Jahr in sie einströmte.

Es ist das Ziel des heutigen Staates, die Menschen zu uniformieren, zu nivellieren. Es ist das Ziel der heutigen Schule, die Kinder gleich weit zu bringen und gleichmäßig mit Wissensstoff zu versehen. Staat und Schule haben das gleiche Ziel: die Norm. Die Norm aber ist der Ausdruck des Verharrens, des Stillstandes, ja des Rückschrittes.

Wir können das Bestreben zur Normung nicht nur im öffentlichen Erziehungswesen erkennen, sondern auch in der Familie. Die meisten Eltern haben ein bestimmtes Erziehungsprinzip, nach dem sie handeln, ein Erziehungsprinzip, das sie entweder von ihrer Mutter oder Großmutter übernommen, oder das sie sich nach eigenem Gutdünken zurechtgelegt haben. In diese Methode hinein wird nun das Kind gepreßt. Ist es zufällig ein System, das der Natur des Kindes entspricht, dann wohl; ist es aber so — und das dürfte in den meisten Fällen eintreffen —, daß die Methode die Natur des Kindes vergewaltigt, dann ist das Kind größten Gefahren seelischer und körperlicher Art ausgesetzt.

Es ist der große Irrtum unserer Zeit, daß wir glauben, feste Erziehungsmethoden aufstellen und anwenden zu können, daß wir glauben, alle Kinder nach denselben Grundsätzen erziehen und bilden zu können. Dieser Irrtum hängt damit zusammen, daß wir uns vom Bestehenden beherrschen ließen und aus ihm die Gesetze unseres Handelns ableiteten, statt daß wir das Bestehende zu beherrschen versuchten und nach seiner Entwicklung strebten.

Der Verzicht auf eine Entwicklung aber wäre die

Bankerotterklärung der Erziehung.

Denn die Entwicklung ist ja das Ziel, das Wesen, der Sinn jeder Erziehung. Erziehen heißt Gegebenes fördern, zur Entfaltung bringen, seine treibenden Kräfte stärken, hegen und pflegen. Aber nur die Kräfte lassen sich entwickeln, die vorhanden sind. Darum lassen sich für die Erziehung nicht Normen und Gesetze aufstellen, denn wir können die Kräfte nicht voraussehen, die in einem Menschen vorhanden sind. Denn noch einmal: Das Ziel der Erziehung, der Mittelpunkt der Erziehung ist der Mensch. Nicht der Staat, nicht die Gesellschaft. Nein, der Mensch.

Je mehr wir daher durch Verordnungen und Gesetze die Erziehung zu reglementieren versuchen, um so mehr engen wir die Möglichkeit der wirklichen Erziehung ein. In der Atmosphäre der Paragraphen ist keine wirkliche Erziehung möglich. Die einzig mögliche Atmosphäre einer wirklichen Erziehung ist die Freiheit.

Freiheit heißt nicht Ungebundenheit, Zügellosigkeit, sondern Freiheit heißt handeln nach inneren Gesetzen, handeln nach eigener, tiefster Überzeugung, nicht nach Schablone, nicht nach Tradition, nicht nach äußern, von äußern Mächten aufgezwungenen Gesetzen. Der junge Mensch, der erzogen werden will, muß das Gefühl haben, daß er umgeben ist von Freiheit, daß er sich nach allen Seiten recken und strecken kann, daß er nach der Richtung wachsen darf, die seinem Willen und seinem Tätigkeitsdrang entspricht. Hat er aber das Gefühl, von Mauern umgeben, von Vorschriften aller Art, von Sitten- und Moralgesetzen jeder Sorte eingengt zu sein, dann wird aus ihm entweder ein Krüppel, ein seelischer Krüppel, oder ein unausgeglichener Mensch. Was aber unserer Zeit nottut, das sind vollwertige, harmonische Persönlichkeiten. Das sind Menschen, die selbständig denken, urteilen und handeln können. Das sind Menschen, die ihrem inneren Gesetze, ihrer tiefsten Sittlichkeit mehr gehorchen als äußerlicher Konvention oder Tradition. Menschen, die den Mut haben, ihr Leben nach eigener Ansicht zu gestalten.

Solche Menschen aber können nur wachsen in der klaren Luft des Vertrauens und der Freiheit. Darum heißt Erziehen: Fesseln lösen. Die Fesseln der Herkunft, überlieferter Anschauungen, die Fesseln der Lehrpläne und der Methoden, die Fesseln eines normierten und nivellierten Lebens.

Erziehen heißt lösen

von all diesen Fesseln und binden an die Gesetze der Sittlichkeit, die in jedem Menschenherzen leben.

Indem wir so dem Menschen dienen, seine in ihm schlummernden Kräfte wecken und stärken, dienen wir der Gesellschaft in höchstem Maß. Denn aus der Summe höchst entwickelter Individuen muß sich notwendig auch eine höhere Form der Gemeinschaft ergeben. Freilich, die heutigen Gesetze der Gesellschaft werden mannigfach durchbrochen und überwunden werden. An ihre Stelle werden neue treten. Gesetze, die nicht in dicken Gesetzesbüchern verstauben, sondern in den Herzen der Menschen leben werden. Die neue Gemeinschaft wird den einzelnen die größtmögliche Freiheit einräumen; sie wird erkennen, daß die größte Freiheit auch die größte Leistungs-

fähigkeit der Gemeinschaft darstellt. Eine wirkliche Gemeinschaft hat also das größte Interesse an einer neuen Erziehung. Die neue Erziehung im Sinne der Freiheit, im Sinne der Entwicklung der individuellen Kräfte ist also gewissermaßen auch die Erziehung zu einem neuen Staat, die

Erziehung zum freien Staat und zur freien Wirtschaft.

Wir erkennen, daß die Freiheit die Lebensluft aller drei Organismen ist. Wir erkennen aber auch, daß alle drei einander bedingen,*) jeder den andern voraussetzt, daß zwischen ihnen eine innige Wechselwirkung besteht.

Diese Wechselwirkung — im negativen Sinne allerdings — besteht selbstverständlich heute schon. Heute schon ist die Erziehung mit-schuldig an der Stagnation unseres staatlichen und wirtschaftlichen Lebens. Indem wir stets das Bestehende als das Ziel aller Erziehung nehmen, kommen wir nicht über es hinaus, untergraben und ver-unmöglichen wir jede gesunde Entwicklung und bewegen uns in einer überhitzten Atmosphäre, in der sich die Kräfte stauen, ohne einen Ausweg zu finden, in der sie sich reiben und verkrümmen, in der sie verkümmern.

Andererseits sind die Einwirkungen der heutigen staatlichen und wirtschaftlichen Einrichtungen auf die Erziehung unverkennbar und verheerend. Vom staatlichen Bürokratismus und seiner lebentöten-den Wirkung auf die Schule haben wir bereits gesprochen. Aber auch die wirtschaftlichen Zustände hemmen eine gesunde Erziehung in entscheidendem Maße.

Wir brauchen uns nur zu vergegenwärtigen, wie sehr die Kinder der unteren sozialen Schichten denjenigen der oberen Schichten gegen-über benachteiligt sind, sowohl in physischer wie auch in moralischer Hinsicht. „Die Wohnstube ist die Muttererde der Sittlichkeit“, sagte Pestalozzi. Aber Wohnstuben müssen es sein, Stuben mit Licht und Luft, nicht Kellerlöcher, in denen zahlreiche Menschen zusammen-gepfercht sind. Stuben müßten es sein, in denen Mütter wirken und leben könnten, aber nicht Löcher, in welche die Mutter, abgehetzt von der Fabrikarbeit, abends zurückkehrt, um noch einmal schwere Hausarbeit zu leisten. In solcher Umgebung, in solcher Luft ist die Erziehung der Kinder aufs schwerste gefährdet, ja beinahe unmög-lich. Aber auch wo die sozialen Verhältnisse nicht so schlimm sind, wirken sich die wirtschaftlichen Zustände bestimmend aus. Es ist eine Tatsache, auf die nicht nachdrücklich genug hingewiesen werden kann, daß Wirtschaftskrisen stets das Familienleben er-

*) Vgl. Walter Eucken: „Interdependenz“ — Franz Böhm: „Systemgerechtigkeit“ — zwischen Wirtschaft, Staat und Kultur. Red.

schüttern und gefährden. Wo die bittere Not ihren Einzug hält, wo Arbeitslosigkeit die seelischen Kräfte der Eltern zermürbt, da ist es mit der Erziehung vorbei, da lösen sich alle sittlichen Bindungen. Jede Wirtschaftskrise läßt die Kurven der Verbrechen, der Ehescheidungen, der jugendlichen Verbrechen, der Fürsorgefälle in erschreckendem Maß ansteigen.

Dazu kommt eine weitere Tatsache. Zeiten wirtschaftlicher Not sind zugleich Zeiten der Sparmaßnahmen. Die Staatslenker sehen sich zu drakonischen Maßnahmen gezwungen. Einerseits müssen sie sich durch Steuererhöhungen neue Einnahmequellen erschließen; andererseits müssen die Staatsausgaben eingeschränkt werden. Die einschneidendsten Einschränkungen erfolgen immer beim Kulturetät. Man empfindet Ausgaben für Kunst und Wissenschaft in solchen Zeiten als Luxus und reduziert sie. Man reduziert aber auch die Ausgaben für das Schulwesen. Man findet dann plötzlich, man könne an der Schulbildung der Jugend am besten und bequemsten sparen. Man schafft keine neuen Lehrerstellen mehr und läßt dadurch die Schülerzahlen der einzelnen Klassen ins Absurde ansteigen. Man reduziert die Lehrergehälter und erhöht die Pflichtstundenzahl der Lehrkräfte. Kurz, man treibt einen Raubbau nicht nur an den Lehrern, sondern vor allem an den Kindern. In Zeiten der Wirtschaftskrise werden alle pädagogischen Reformen und Neuerungen, alle Errungenschaften der modernen Psychologie kurzweg über Bord geworfen.

Die Jugend büßt für den Unverstand unserer Wirtschaft und ihrer Führer.

„Es ging vor hundert Jahren auch, also wird es auch heute gehen“, heißt es dann.

Eine harmonische Erziehung, wie Pestalozzi sie forderte, ist bei der heutigen Wirtschaftsform nicht möglich. Denn die Voraussetzung einer harmonischen Erziehung ist eine harmonische Umgebung. Das heutige Wirtschaftsleben schafft aber nichts weniger als harmonische Zustände. Es schafft das Gegenteil. Unserer heutigen Gesellschaftsform fehlt die wesentlichste Voraussetzung einer gedeihlichen und sinnvollen Erziehung: die wirtschaftliche Sicherstellung der Individuen. Die Aufgabe der Wirtschaft wäre es, die Möglichkeit einer harmonischen Entwicklung der Fähigkeiten jedes einzelnen Menschen zu schaffen. Die heutige Wirtschaftsform tut das nicht; sie untergräbt vielmehr diese Möglichkeiten und zerstört sie oftmals dort, wo sie noch vorhanden waren.

Wenn wir eine Wirtschaftsform hätten, die jedem Menschen den vollen Ertrag seiner Arbeit sicherte, dann wären auch wichtige Vor-

bedingungen einer erfolgreichen Erzieherarbeit geschaffen. Nicht nur würde eine solche Wirtschaft eine angemessene wirtschaftliche Sicherstellung der Berufserzieher sichern; sondern sie würde vor allem auch die häusliche Erziehung einer Gesundung entgegenführen. Allem voraus würde sie die Möglichkeit schaffen, daß die Mutter wieder ihre Kinder selbst erziehen könnte. Die Wohnstuberziehung würde — neben der Schulerziehung — allen Kindern zuteil, und damit wären für alle Kinder die Grundlagen jeder weiteren Erziehung geschaffen. Denn die

häusliche Erziehung ist die Grundlage

jeder weiteren erzieherischen Tätigkeit.

Das Schulwesen müßte unter einer solchen Wirtschaft einen ungeahnten Aufschwung nehmen. Denn erst die freie Wirtschaft würde auch die gesicherte Freiheit der Schule und der Erziehung ermöglichen. Freiheit aber ist, so haben wir früher gesehen, die Voraussetzung jeglicher Entwicklung. Freiheit der Schule heißt nicht, wie man annehmen könnte, Gegensätzlichkeit zum Staat und zur Gemeinschaft. Indem die Erziehung den Menschen entwickelt und ihn so zu entwickeln sucht, daß die positiven Kräfte in ihm zu größtmöglicher Entfaltung kommen, leistet sie der Gemeinschaft und damit dem Staat den allergrößten Dienst. Darum ist die freie Schule, die nach ihren eigenen Gesetzen lebt, die größte Stütze der Gemeinschaft. Indem der Staat, als Organisation der Gemeinschaft, der Schule die wirtschaftlichen Subsistenzmittel schafft, erfüllt er ihr gegenüber die ihm zufallende Pflicht. Er wird sich aber noch etwas weit größeres dadurch erwerben: die Dankbarkeit und innere Verbundenheit der Schule. Also etwas, das er heute nicht mehr in vollem Umfang besitzt. Denn indem der Staat das Innenleben der Schule normend gestalten will, tötet er ihre Lebenskraft und entfremdet sie sich. Indem er ihr aber die Möglichkeit schafft, sich sinngemäß zu entwickeln, verpflichtet er sie sich.

Es wäre also ganz falsch, wenn man glauben würde, daß durch eine äußerlich lockere Bindung zwischen Schule und Staat der Organismus unserer Volksschule auseinanderfallen könnte. Das Gegenteil müßte der Fall sein. All die Kräfte, die heute ungenutzt verkümmern, würden voll ausgenutzt. Durch kleinere Klassenbestände könnte die Möglichkeit einer individuellen Erziehung geschaffen werden. Zweifellos würden zahlreiche Reformversuche ihre Verwirklichung finden können. In den Mittelpunkt aller Erziehung würde wieder der Mensch rücken. Erst die freie Schule kann uns die Gemeinschaftserziehung bringen, denn die wirkliche Gemeinschaft ist erst unter den Menschen

möglich, die unter denselben Verhältnissen leben. Erst der Mensch, der sich frei zu entfalten vermag, wird willig und gern auch die Freiheit seines Nebenmenschen achten. Freiheit des Einzelmenschen bedeutet zugleich auch Bindung an den Mitmenschen. Das aber ist das große, unantastbare Ziel der Erziehung: Große, innerlich starke Menschen, die in der Ehrfurcht vor allem Leben, sich selber achtend, einander zugetan sind.

*

Fassen wir zusammen: Staat, Wirtschaft, Erziehung sind miteinander unlösbar verknüpft. Alle drei Organismen stehen zueinander in engster Wechselbeziehung. Keiner bleibt unbeeinflußt vom andern. Alle drei sind sie darum auch der Erstarrung anheimgefallen. Alle drei verletzen sie heute das Höchste: das Recht des Menschen auf freie, seiner Natur und seinem Wesen entsprechende Entwicklung. Denn alle drei sind abgeirrt vom wahren Weg der Freiheit. Diesen Weg wieder zu betreten, muß das Ziel all unserer Arbeit sein. Wir werden ihn erst finden, wenn wir uns bemühen, über die heutigen Zustände uns volle Klarheit zu verschaffen. Denn nur Klarheit führt zur Freiheit. Eins aber müssen wir tun: unerschrocken für die Freiheit kämpfen. Freiheit des Staates, Freiheit der Wirtschaft, Freiheit der Erziehung, das sei das Ziel!

Werner Schmid, Zürich

Übersicht über die in „Fragen der Freiheit“ bis jetzt behandelten Themen:

Die fettgedruckten Themen behandeln schulrechtliche Probleme.

- Folge 1: **Die Krisis des Erziehungswesens - Freiheit der Kultur — eine dringende Forderung der Gegenwart - „Gedanken zur freien Erwachsenenbildung“**
(vergriffen)
- Folge 2: **Schule und Staat - Die Schule als Politikum - „Die Stellung der Bildung in der neuen Sozialstruktur“**
(vergriffen)
- Folge 3: **Ungehinderter Zugang für alle zu den Bildungsgütern - Bewußtseinsstufen des Menschen**
- Folge 4: **An der Schwelle des Atomzeitalters - Erlaubt die demokratische Staatsform die Lösung sozialer Fragen - Über die Systemgerechtigkeit zwischen Kultur, Staat und Wirtschaft in der Demokratie; „Forderungen an unser Bildungssystem“ - An die sich verantwortlich Fühlenden**
- Folge 5: **Staatliche oder freie Erziehung - Denkmethode und Sozialpolitik**
- Folge 6: **„Die Würde des Menschen ist unantastbar ...“ - Über Notwendigkeit und Möglichkeit einer freien Erziehung - Erste Arbeitstagung eines Sozialpolitischen Seminars**
- Folge 7: **Freiheit — Illusion oder Wirklichkeit - Die funktionalen Zusammenhänge in der sozialen Gesamtordnung - Die neue Weltmacht**
- Folge 8: **Grundgesetz und Schulrecht - Aperçus zur Entstehungsgeschichte des Art. 7 des Grundgesetzes - Möglichkeiten einer evolutionären Umgestaltung unserer Sozialordnung - Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit - Bericht über das zweite Sozialpolitische Jugendseminar - „Freiheit, Bindung und Organisation im deutschen Erziehungswesen“ - Brief aus USA**
- Folge 9: **Tendenzen und Probleme der gegenwärtigen Geschichtsperiode - Die freie Welt in der Sackgasse? Gedanken zum kalten Krieg - Alexis de Tocqueville — Zu seinem 100. Todestag (16. April 1859) - Brief aus USA**
- Folge 10: **Die Verantwortung der Soziologie: I. Das Problem - II. Freiheitliche Ordnung oder Massengesellschaft? - III. Die Ordnung der Herrschaftslosigkeit - IV. Das Erziehungswesen in der freiheitlichen Gesamtordnung - Pierre Joseph Proudhon — Zu seinem 150. Geburtstag**
- Folge 11: **Die funktionsfähige Währung - Die Goldwährung - Der Ursprung des Geldes im Mythos - Berichte über die dritte Tagung des Seminars für freiheitliche Ordnung - Schulrechtsdebatte - In Memoriam Hans Bernoulli**
- Folge 12: **Friedrich Schiller — Zu seinem 200. Geburtstag - Die Problematik des gegenwärtigen Schul- und Erziehungswesens - Bildungsplan oder freie Erziehung? - Die Schulrechtsdebatte**
- Folge 13: **Die Grundfragen der abendländischen Philosophie bei Aristoteles - Freiheit der Erziehung, Freiheit der Kultur - Was ist die äußere Freiheit des Menschen und wie verwirklicht man sie? - Demokratie und Wirtschaftsordnung**
- Folge 14: **Grundgesetz und Schule - Schulpflicht - Das Elternrecht und die Freiheit der Lehre - Die Schulrechtsdebatte**

Pfingsttagung
des Seminars für freiheitliche Ordnung
vom 4. bis 6. Juni 1960 in Stuttgart
Freie Waldorfschule Uhlandshöhe, Hauffmannstraße 44

Thema: Wirtschaftsordnung und Menschenrechte

Samstag, den 4. Juni 1960

- 15.00 Uhr: Eröffnungsreferat:
Der menschliche und der soziale Organismus
Heinz Eckhoff
- 16.30 bis 18.00 Uhr: Seminargespräch
- 20.00 Uhr: Öffentlicher Abendvortrag:
Formen des sozialen Lebens in der geschichtlichen Entwicklung
Dr. phil. G. Hellmann

Pfingstsonntag, den 5. Juni 1960

- 9.30 Uhr: Referat: Die Währung, der Stabilisator der Wirtschaft
Heinz Eckhoff
- 10.45 bis 12.30 Uhr: Seminargespräch
- 15.30 Uhr: Referat: Walter Euckens Idee der Wirtschaftsordnung
Peter Weinbrenner
- 16.30 bis 18.00 Uhr: Seminargespräch
- 20.00 Uhr: Die funktionale Gesamtordnung in Kultur, Staat und Wirtschaft
Referate: Die rechtsstaatliche Ordnung des Bildungswesens
Dr. Heinz Hartmut Vogel
Rechtsstaatlichkeit und Demokratie
Eckhard Behrens
Die Rechtsgrundlage der Gegenseitigkeit in der Wirtschaft
Diether Vogel

Pfingstmontag, den 6. Juni 1960

- 9.30 Uhr: Öffentlicher Vortrag:
Der sakrale und soziale Aspekt des Goldes in der Geschichte
Dr. Lothar Vogel
- 11.00 Uhr: Abschluß
- 12.30 Uhr: Ende der Tagung

Anmeldungen und Quartierwünsche an Heinz Eckhoff, Heidenheim/Brenz,
Am Räd Keller 25.

Übernachtung auf Feldbetten möglich. Unkostenbeitrag 3,— DM.

Das Seminar wendet sich vor allem an Jugendliche und Studenten.

Wir bitten, das Programm an Interessenten Ihres Bekanntenkreises weiterzugeben.

Einladung zur Sommertagung

vom Donnerstag, dem 16. Juni (Fronleichnam), 16 Uhr,
Freitag, dem 17. Juni (Tag der deutschen Einheit), Samstag, dem 18. Juni
bis Sonntag, dem 19. Juni 1960, 13 Uhr

auf der Jugendburg Waldeck

Post Dorweiler über Kastellaun (Hunsrück)

Omnibusverbindungen: Koblenz-Kastellaun
Burgen (Mosel)—Dorweiler—Kastellaun

Gesamthema: **Unenteilbare Freiheit**

Das zukünftige Schicksal eines jeden von uns wird ganz entscheidend bestimmt sein von den Formen und Folgen der Auseinandersetzung zwischen Ost und West – zwischen dem Kommunismus und der freien Welt. Wer nicht blindlings in den Tag hinein lebt, wird sich immer wieder fragen, welche realen Möglichkeiten für die zukünftige Entwicklung bestehen – wie die Welt und damit unser eigenes Leben z. B. im Jahre 2000 aussehen könnten. Das ist Utopie? Es ist sinnlos so zu fragen? – Aber nein, viele von uns zahlen doch heute schon ihre Beiträge an die Sozialversicherung, um nach der Jahrhundertwende (die zugleich eine Jahrtausendwende sein wird) eine Altersrente zu beziehen. Werden sie von dem Geld, das ihnen heute dafür abgezogen wird, jemals etwas wiedersehen? – Eine kleine Frage, der geschichtliche Bedeutung keineswegs beigelegt werden kann. Aber *beunruhigend ist sie doch, nicht wahr?*

Jeder weiß, daß die Beantwortung auch dieser kleinen Frage eine Überlegung darüber voraussetzt, ob der Kommunismus seinem Ziel der „Weltrevolution“ näher kommen oder es gar erreichen wird. Erst seit gut 40 Jahren (1917) zur Herrschaft in einem Staate gelangt, ist er heute die größte äußere Gefahr für die freie Welt. In den letzten Jahren ist es ganz deutlich geworden, daß in dieser Auseinandersetzung derjenige Teil siegen wird, der die bessere, d. h. funktions- und leistungsfähigere Gesellschaftsordnung besitzt. Wird es die politische Diktatur mit staatlich gelenktem Kultur- und Wirtschaftsleben sein oder die demokratischen Staatsform ohne Zwang und Bevormundung des einzelnen Bürgers bei seinen wirtschaftlichen und kulturellen Tätigkeiten? In welcher Gesellschaftsordnung werden wir nach weiteren 40 Jahren – am Ende des Jahrhunderts – leben?

Wir wollen versuchen, die in der freiheitlichen Ordnung liegenden Möglichkeiten und Kräfte abzuschätzen – ihre Dynamik zu erfassen. Wir werden dabei feststellen müssen, daß das Ordnungsprinzip der Freiheit längst nicht unsere gesamte Sozialordnung beherrscht. Wir werden der Frage nachgehen, ob das gut so ist, oder ob nicht gerade darin die Schwächen unserer augenblicklichen Gesellschaftsordnung liegen. Die Deutschen waren nie so frei wie heute in der Bundesrepublik und es ging ihnen wirtschaftlich nie so gut – weist uns das *wirklich zuverlässig einen Weg zum Verständnis der Vergangenheit und zur Bewältigung der Zukunft?* Was muß die freie Welt tun?

Aber wir wollen nicht den Fehler begehen, von Freiheit zu reden, ohne uns überlegt zu haben, was das ist und wie man sie in einer Gesellschaftsordnung verwirklichen kann. Denn kaum irgendwo herrscht soviel Verwirrung, wie

in dieser Frage, wie jeder leicht durch Befragen seiner selbst und derer, die das Wort Freiheit ständig im Munde führen, feststellen kann. Erst wenn wir uns über diese Frage Klarheit verschafft und somit eine genaue Vorstellung von einer freiheitlichen Gesellschaftsordnung haben, können und werden wir sie streng und gnadenlos auf ihre Funktionsfähigkeit, Dynamik, Leistungsfähigkeit und besonders ihre Gerechtigkeit prüfen, die stets am meisten angezweifelt wird. Können wir uns auf ihre Überlegenheit wirklich verlassen? Lohnt es sich die Freiheit als ein erstrebenswertes Ideal zu betrachten und sich für sie einzusetzen?

Um dies nochmals zu beonen: Es sind dies unsere eigenen Schicksalsfragen! Man kann durchaus die Augen vor ihnen verschließen, aber man wird dann sein Leben lang nicht urteilsfähig sein in Fragen von allgemeiner Bedeutung. Und man wird ständig von der Entwicklung überrascht werden und sich vergeblich fragen: „Wie konnte das geschehen; wie war das möglich?“

Wir werden es uns auf der Tagung einigen Schweiß kosten lassen, eine Antwort auf diese unseren eigenen Schicksalsfragen zu finden. Ohne Fleiß auch hier kein Preis. Doch ist es wohl der Mühe wert! stud. iur. Eckhard Behrens

Es sprechen:

Alt-Nationalrat und Redakteur bei der Schweizer Zeitung
„Die Tat“ Werner Schmid, Zürich:*)

„Die Freiheit der Wirtschaft
Die Freiheit in Staate
Die Freiheit der Erziehung“

Dr. Lothar Vogel, Wuppertal-Barmen:

„Das Gold in Mythologie und Geschichte“

stud. iur. Eckhard Behrens, Frankfurt a/Main:

„Die unteilbare Freiheit“

Dr. Heinz-Hartmut Vogel, Heidenheim/Brenz:

„Die Problematik des gegenwärtigen Schulwesens“

Seminarleitung: stud. iur Eckhard Behrens.

Für die drei Abende, jeweils beginnend um 20 Uhr, sind die Hauptvorträge vorgesehen. Die einzelnen Themen werden in den nachfolgenden Seminar-gesprächen (je von 9 bis 12 Uhr und von 16 bis 18 Uhr) zur Diskussion gestellt, erweitert und vertieft.

Anmeldungen an: Fritz Penserot, Kirn (Nahe), Wilhelmstraße 15.

Für die Unterkunft steht das Gästehaus der Arbeitsgemeinschaft Burg Waldeck zur Verfügung. Weitere Übernachtungsmöglichkeiten im Dorfe Dorweiler (15 Minuten entfernt). Vor allem aber: unbeschränkte Zeltmöglichkeiten in schönstem Wiesengelände! Für die Verpflegung — gemeinsame Mittag- und Abendmahlzeiten — ist Vorsorge getroffen.

Tagungskostenbeitrag: 3,— DM.

*) Werner Schmid ist der Autor des Aufsatzes dieser Folge: „Staat — Wirtschaft — Erziehung.“

Wegen Platzmangel muß in dieser Folge auf die Rubriken: „Schulrechts-
debatte“ und „Buchbesprechungen“ verzichtet werden.

Die Rezension folgender Bücher folgt in den Folgen 16 und 17 „Fragen der
Freiheit“:

August Kopisch, „Von kleinen Geistern“; herausgegeben von
Dr. Lothar Vogel

Karl Walker, „Das Geld in der Geschichte“

Karl Walker, „Silvio Gesell, Zeitgenössische Stimmen zum Werk
und Lebensbild eines Pioniers“

C. Northcote Parkinson, „... alles von unserem Geld“

Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft,
Schriftenreihe 4, „Wirtschaftsordnung und Menschenbild“

Folkert Wilken, „Neue Formen des Eigentums“

Privater Manuskriptdruck, herausgegeben vom Seminar für freiheitliche Ordnung,
Sitz Heidenheim/Brenz, durch Dr. Lothar Vogel, Wuppertal-Barmen, Bergfrieden 18.

— Bezug: „Fragen der Freiheit“, Bad Kreuznach, Mannheimer Straße 60. —

Postscheck: H. Klingert, Ludwigshafen/Rh., Nr. 530 73. — Druckkostenbeitrag 2,— DM.

Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung des Herausgebers.

Druck: Voerckel & Co., Wuppertal.

